



Dr. Theo Waigel:

Besondere Neu-Ulmer Auszeichnung

Für seine herausragenden Verdienste wurde dem Politiker von Oberbürgermeisterin Dr. Beate Merk der Ehrenring der Stadt verliehen.

Seite 14



Dr. Günther Beckstein:

Schöner wohnen ohne Barrieren

Unter der Schirmherrschaft des Innenministers startet die Oberste Baubehörde erneut einen Landeswettbewerb zum Wohnungsbaupreis.

Seite 4



Dr. Siegfried Naser:

Engagement für eine humane Gesellschaft

Dem Sparkassenpräsidenten zufolge erfüllen die sparkasseneigenen Stiftungen in vielfältigster Form ihre Verpflichtungen als korporative Mitbürger.

Seite 3

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 16. Januar 2003

54. Jahrgang / Nummer 1/2

GZ-Interview mit Alois Glück:

Konnexität muss auch auf Bundesebene gelten

Bundesregierung verantwortlich für die horrenden Einnahmeausfälle / Kommunen sollen Kooperationen bilden

Falsche Entscheidungen der Bundesregierung bei der Steuerreform macht der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Alois Glück, dafür verantwortlich, dass die Finanzsituation bei den Kommunen eskaliert. Aber der Politiker versichert: „Bayern hilft seinen Kommunen wie kein anderes Land.“

GZ: Herr Glück, die Situation der Kommunen, vor allem ihre finanziell prekäre Lage, ist in den vergangenen Wochen und Monaten wieder verstärkt ins Blickfeld gerückt. Haben Sie eine generelle Ant-

wortung, um die Kommunen zu stärken. Ohne handlungsfähige Kommunen gibt es keine positive Landesentwicklung. Das zeigt sich schon bei der Tatsache, dass circa 70 Prozent der öffentlichen Investitionen über die Kommunen investiert werden.

sich nicht neue Diskussion um die Finanzen der Kommunen eskaliert?

Glück: Die Situation ist durch falsche Entscheidungen der jetzigen Bundesregierung bei der Steuerreform eskaliert. Denken Sie nur an die Verluste durch die Änderungen bei der Gewerbesteuer oder der Körperschaftsteuer. Hinzu kommt das Wegbrechen von Einnahmen als Folge der Konjunkturkrise. Nicht zuletzt gilt aber das, worüber man in Bayern gerade diskutiert, nämlich das Konnexitätsprinzip, viel mehr noch für den Bund. Die überwiegende Zahl an Aufgaben und Lasten, die auf die Kommunen verlagert wurden, hat der Bund zu verantworten.

Vor Ort in der Verantwortung

GZ: Hat die CSU angesichts der dramatischen Situation die Kommunen vielleicht bisher nicht ernst genug genommen?

Glück: Im Gegenteil, wir nehmen die Sorgen und Nöte der Kommunen sehr ernst. Das lässt sich schon allein daran nachweisen, dass die große Mehrheit der Abgeordneten in der CSU-Landtagsfraktion zugleich auch ein kommunales Mandat hat. Sie stehen also ständig in der Verantwortung vor Ort und können sich schon qua Funktion nicht auf ein hohes Ross setzen, von dem sie auf die Kommunen herabschauen. Wir pflegen seit jeher eine sehr enge Verbindung zu den kommunalen Spitzenverbänden. Auch in der Landesentwicklung haben die Städte und Gemeinden schon immer eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt.

GZ: Wo sind also die Ursachen dafür, dass es soweit gekommen ist? Warum ist die an-

Die Grundsicherung bringt bis 300 Mio. € Mehrkosten

Aktuelles Beispiel ist die Grundsicherung. Allein in Bayern schätzen die Kommunen ihre Mehrkosten durch dieses Gesetz auf 200 bis 300 Millionen Euro, während der Bund lediglich eine Erstattung von 34,9 Millionen Euro gewährt. Ich kann nur sagen, Bayern hilft seinen Kommunen wie kein anderes Land und der Bund stiehlt sich davon. Eine andere Ursache ist bisher kaum gesehen worden: Die Kehrseiten der Wohlstandsgesellschaft schlagen bei den Kommunen besonders deutlich durch. Ein Beispiel ist die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe und der Sozialhilfe. Die Gesamtausgaben der bayerischen Kommunen hierfür steigen seit 14 Jahren um jährlich rund 158 Millionen Euro.

GZ: Das Konnexitätsprinzip allein auf Landesebene bringt ihrer Meinung nach wenig? (Fortsetzung auf Seite 2)



Die Kommunalpolitiker beschäftigten den KPV-Landesvorstand. Unser Bild zeigt (v.l.): Landrat Hanns Dornier, Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl, Landrat Luitpold Braun, KPV-Landesvorsitzender, Ministerialdirektor Gerhard Flaig und Regierungsrat Thomas Glossner aus dem Finanzministerium.

Konnexitätsprinzip und Konsultationsverfahren:

Uneingeschränktes Ja der Staatsregierung

KPV-Hauptausschuss-Sitzung in München

Auf einem guten Weg sieht die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) die Gespräche zwischen Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden zur Einführung des Konnexitätsprinzips. Im Rahmen ihrer Hauptausschuss-Sitzung in München diskutierten die Kommunalpolitiker mit dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl, und dem Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, Ministerialdirektor Gerhard Flaig, die Finanzlage der Kommunen im Freistaat.

nen ihre Mehrkosten durch dieses Gesetz auf 200 bis 300 Millionen Euro, der Bund gewähre aber lediglich eine Erstattung von 34,9 Millionen Euro. „Wo bleibt der Einsatz von SPD und Grünen für die Einführung des Konnexitätsprinzips auf Bundesebene?“ fragte Braun.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Dabei bewertete Brandl insbesondere das jüngste Spitzengespräch zwischen Innen- und Finanzministerium und den kommunalen Spitzenverbänden als positiv. Brandl zeigte sich optimistisch, dass das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ im September dieses Jahres auch in der Bayerischen Verfassung verankert wird. Er richtete seinen besonderen Dank an den Vorsitzenden im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, Dr. Herbert Kempfler, der maßgeblich zu einer Annäherung der Interessengruppen beigetragen habe.

haupt nicht daran“, so Braun. Mit der Grundsicherung, einer Art Grundrente, die zum 1. Januar 2003 eingeführt wurde, habe die Bundesregierung ihre Kommunalfeindlichkeit abermals unter Beweis gestellt. Allein in Bayern schätzten die Kommu-



Das optimale Ergebnis für die Kommunen strebt Dr. Herbert Kempfler an.

Sozialdemokraten sind gefordert

Die sich abzeichnende Einigung wurde auch vom KPV-Landesvorsitzenden, Landrat Luitpold Braun, begrüßt: „Damit erweist sich die Staatsregierung wiederum als ausgesprochen kommunalfreundlich“. Das Konnexitätsprinzip allein auf Landesebene bringe den Kommunen jedoch wenig. Ein Großteil der Belastungen für die Gemeinden, Städte und Landkreise beruhe auf Gesetzen aus Berlin. Einig war sich Braun deshalb mit Uwe Brandl, dass das Konnexitätsprinzip unbedingt auch auf Bundesebene eingeführt werden muss.

Gefordert seien hier vor allem die Sozialdemokraten und Grünen. „Während Bayern seine Pflicht gegenüber den Kommunen erfüllt, denkt der Bund über-



Hoffen auf bessere Zeiten allein reicht nicht, wenn es darum geht, mit den finanziellen Folgen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst fertig zu werden. Deshalb wird der Bürgermeister seinen Mitarbeitern reinen Wein einschenken.

Seite 15



Alois Glück.

wort darauf, wie sich die Lage der Kommunen verbessern lässt, nicht nur finanziell?

Glück: Die Diskussion um die Situation und um die Zukunft der Kommunen muss stets von der Tatsache geprägt sein, welche Bedeutung die kommunale Ebene für die Lebenssituation der Menschen hat. Sie prägt die örtliche und regionale Lebensqualität. Insofern dürfen sich die Ebenen Land, Bund oder Europa nicht nur auf ihre Interessenslagen fixieren. Unsere generelle Antwort darauf ist, dass wir landespolitisch alles uns Mögliche



Als Aushängeschild für die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität des High-Tech-Standortes Bayern bezeichnete Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber das bayerische Transrapid-Projekt. Deshalb wird der Freistaat die Kosten für das Planfeststellungsverfahren vorfinanzieren. Unser Bild zeigt Dr. Stoiber gemeinsam mit Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu und BMG-Geschäftsführer Dr. Josef Zeiselmaier. Die GZ berichtet darüber ausführlich auf Seite 11.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 823, 82333 Geretsried

Sie lesen in

Krankenhäuser kritisieren die Gesundheitspolitik	Seite 2
Mobilfunk-Standorte in der Diskussion	2
Steuereinnahmen der Gemeinden sinken	2
GZ-Kolumne Maximilian Gaul: Lobbygerechte Praxisferne determiniert Satzungsgestaltung	3
Korporatives Engagement für eine humane Gesellschaft	3
GZ-Fachthemen:	
Bauen - Wasser - Abwasser	4 - 8
Kommunalfahrzeuge - Abfallwirtschaft	9/10
Kommunales Verkehrswesen	11/12
Aus den bayerischen Kommunen	13 - 16

Krankenhäuser kritisieren die Gesundheitspolitik

Bayerische Krankenhausgesellschaft: Grenze des Zumutbaren ist überschritten Für stärkere Einbeziehung in die ambulante Versorgung

München. Unter dem Motto „Neubeginn statt Notgesetz“ stand im vergangenen Dezember die Jahresversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), die rund 250 Krankenhausträger mit über 380 Kliniken vertritt. Wie kaum bei früheren Tagungen wurde dabei im Münchner Rathaussaal die Gesundheitspolitik des zurückliegenden Jahres scharf kritisiert. Im Mittelpunkt stand dabei die vom Bundestag beschlossene „Nullrunde“ für die Krankenhäuser. Der Vorsitzende der BKG, Oberbürgermeister Franz Stumpf, bezeichnete den Gesetzentwurf als „Bankrotterklärung“ der Gesundheitspolitik. Angesichts der Kostensteigerungen, die die Krankenhäuser tragen müssten, handle es sich real um eine Minusrunde von rund fünf Prozent. Die Grenze des Zumutbaren sei überschritten.

Nach Meinung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft wird mit dem Fallpauschalengesetz das Versprechen, ein leistungsgerechtes System einzuführen, nicht erfüllt. Stumpf wies weiter auf die maximale Belastung der Beschäftigten hin. Im-

mer weniger Personal habe eine immer größere Belastung zu tragen, was für junge Nachwuchskräfte den Arbeitsplatz Krankenhaus zunehmend unattraktiv werden lasse die sich andere Beschäftigungsmöglichkeiten suchten.

Man wolle nicht verhehlen, dass es in den Krankenhäusern auch Organisationsmängel gebe. Krankenhausleitung und Chefarzte seien aufgerufen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um organisatorische Verbesserungen umzusetzen. „Das Grundübel der sich abzeichnenden Personalmisere ist jedoch das finanzielle Ausbluten der Häuser sowie die seit Jahren anhaltende Unterfinanzierung bei gleichzeitig steigenden Leistungsanforderungen an das Personal.“

Kritik auch am Freistaat

Kritik gab es aber auch am Freistaat Bayern. Dass die desolate wirtschaftliche Lage und die Steuerausfälle auch vor dem bayerischen Staatshaushalt nicht Halt machten, leuchte ein, auch akzeptiere man, dass auch die Krankenhäuser von notwendigen Sparmaßnahmen betroffen sind. „In welcher gravierender Form das Fördervolumen im neuen Jahr beschritten werden soll, hat unsere Befürchtungen weit übertroffen“, betonte Stumpf. Um 112 Millionen Euro, dies entspreche 18 Prozent des Gesamtvolumens, solle die Investitionsförderung reduziert werden. Man könne nicht nachvollziehen, warum der Gesamtbetrag, der im Staatshaushalt eingespart werden soll, fast zu einem Sechstel von der Krankenhausförderung entnommen werde. Notwendige Maßnahmen müssten verschoben werden, im Jahr 2003 werde es voraussichtlich zu keinen Neuaufnahmen kommen, die Abfinanzierung laufender Projekte werde sich weiter verschlechtern. Damit ergebe sich zu den bereits hinlänglich bekannten Problemen eine

weitere finanzielle Belastung der Krankenhausträger.

Mehr Transparenz

Der BKG-Vorsitzende forderte abschließend die Krankenhäuser auf, ihre Anliegen in die Diskussion über die künftige Gesundheitsreform einzubringen. „Es ist unsere Pflicht, nicht nur zu kritisieren, sondern auch Vorschläge zu machen“. So schlägt die BKG neben einer Neuordnung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen eine stärkere Einbeziehung der Krankenhäuser in die ambulante Versorgung sowie mehr Transparenz und Informationen für die Patienten vor. Für dringend erforderlich hält die BKG, eine leistungsgerechtere Vergütung des Krankenhauspersonals zu etablieren. „Um die Attraktivität des Arbeitsplatzes Krankenhaus zu erhöhen, bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Politik, Tarifpartnern, Krankenkassen und Klinikleitungen“.

Verdichtung

Die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Christa Stewens, erinnerte daran, dass die bayerischen Krankenhäuser einen enormen Patientenanstieg bewältigen mussten. Von 1991 bis 2001 sei die Patientenzahl um 500.000 auf 2,66 Millionen pro Jahr, also um 23 Prozent gestiegen. Das jährliche Pflegeetagevolumen sei im selben Zeitraum um mehr als zwei Millionen Tage gesunken. Das sei nur durch eine Kürzung der Verweildauer von durchschnittlich 12,4 auf 9,3 Tage möglich gewesen. Es müssten also in immer kürzerer Zeit immer mehr Patienten behandelt werden, „mit der Folge erheblicher Verdichtung des Leistungsgeschehens in unseren Krankenhäusern“.

Massive Einsparungen

Die dramatische Finanzsituation der öffentlichen Haushalte zwingt, so Stewens, zu massiven

TÜV-Mobilfunkveranstaltung am 13. Februar:

Standortkonzepte in der Diskussion

Aktuelle Messwerte und die Kenntnis der gesetzlichen Grundlagen sind wesentliche Voraussetzungen für eine sachliche Diskussion über Mobilfunk-Standorte. Die Fachtagung des TÜV Süddeutschland „Mobilfunk und Kommunen – Standortkonzepte in der Diskussion“ am 13. Februar 2003 informiert Kommunen, Behörden und Betreiber.

Die Teilnehmer informieren sich über den aktuellen Stand der Mobilfunktechnologie und diskutieren Standpunkte. Die Fachtagung der TÜV Süddeutschland Bau und Betrieb und der TÜV Akademie stellt das Thema Mobilfunk aus Sicht der Kommunen und Betreiber dar, erläutert potentielle Auswirkung auf den Menschen und bietet Entscheidungshilfen für Standortkonzepte.

Die Veranstaltung gibt den Teilnehmern aktuelle Fakten über elektromagnetische Felder, die Planung von Mobilfunknetzen aus Sicht der Mobilfunknetzbetreiber oder auch über Minimierungsmöglichkeiten der Immissionsbelastung an die Hand. Beispiele aus der aktuellen Rechtsprechung sowie Erfahrungsberichte bereits umgesetzter umweltverträglicher Standortkonzepte stehen auf dem Programm.

Die Experten der Fachveranstaltung kommen unter anderem vom Forschungszentrum Jülich, dem Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik München und dem TÜV Süddeutschland.

Anmeldung und Auskünfte: TÜV Akademie GmbH, Westendstraße 199, 80686 München, Telefon 089/5791-2350, Fax 089 5791-2833, Internet: www.tuev-sued.de

Deimer schreibt an Eichel

Abbau der Steuervergünstigungen darf nicht verschoben werden

Der Vorsitzende des Bayer. Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, hat an Bundesfinanzminister Hans Eichel appelliert, bei der Stange zu bleiben und die gewerbesteuerliche Organisationsform abzuschaffen. Mit dieser steuerrechtlichen Besonderheit können die Unternehmen Gewinne und Verluste innerhalb der Konzerne verrechnen. Die Folge ist, dass sich viele Konzerne damit aus der Steuerschuld herausrechnen können. Dies wird auch in der Begründung zum Steuerrechtsänderungsgesetz der Bundesregierung bestätigt. Trotzdem bestehen jetzt Bestrebungen, auf Druck der Wirtschaft diese Steuersparmöglichkeit für die Konzerne aufrecht zu erhalten. Mit Blick auf die desolate Finanzsituation der Städte und Gemeinden forderte Deimer von Eichel durch steuerliche Sofortmaßnahmen, das finanzielle Überleben der Gemeinden für die nächsten zwei bis drei Jahre zu ermöglichen. Allein den bayerischen Städten und Gemeinden fehlen nach dem ersten Dreivierteljahr 1,4 Milliarden Euro in ihren Kassen. Die Steuereinnahmen sind in der gleichen Zeit um 7,1 Prozent oder 450 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Diese Zahlen - so Deimer - zeigen mit aller Deutlichkeit, dass es höchste Zeit ist, die Steuersparmöglichkeiten der Gewerbesteuerzahler einzuschränken, damit nicht nur die Bürger die Steuerlasten tragen müssen.

Steuereinnahmen der Gemeinden sinken

Kreisfreie Gemeinden stärker betroffen als kreisangehörige

In den ersten drei Quartalen 2002 nahmen die bayerischen Gemeinden 5,5 Milliarden € an Steuern ein, um 415 Millionen € oder 7,1 Prozent weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, trugen zum Minus vor allem die Gewerbesteuer (- 375 Millionen €) und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (- 50 Millionen €) bei, während bei den Grundsteuern ein Plus von fast 15 Millionen € zu verzeichnen war. Die Statistiker machen für die Mindereinnahmen vor allem die ausgeprägte Konjunkturschwäche verantwortlich.

Die kreisangehörigen Gemeinden nahmen dabei um 5,4 Prozent weniger Steuern ein, die kreisfreien Städte verzeichneten sogar einen Rückgang um 9,4 Prozent.

Die steuerlichen Haupteinkunftsquellen der Gemeinden waren in den ersten drei Quartalen 2002 die Gewerbesteuer mit 2,2 Milliarden Euro und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 2,0 Milliarden Euro. In beiden Einkunftsarten mussten die Gemeinden gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum Verluste hinnehmen: sie beliefen sich bei der Gewerbesteuer auf 375 Millionen € und bei der Einkommensteuer auf 50 Millionen €.

Der Rückgang der Gewerbesteuer traf die kreisfreien Städte mit minus 16,0 Prozent stärker als die kreisangehörigen Gemeinden (- 12,7 Prozent). Auch bei der Einkommensteuer mussten die kreisfreien Städte mit minus 4,3 Prozent deutlich stärkere Einnahmeausfälle hinnehmen als die kreisangehörigen Gemeinden (- 1,6 Prozent). Die rückläufige Zahl der Beschäftigten und auch die zum Jahresbeginn in Kraft getretene Erhöhung des Kindergeldes führten zu einem geringeren Einkommensteueraufkommen, das höhere

Einsparungen, von denen auch der Krankenhausfinanzierungs-etat nicht ausgenommen werden konnte. Die hohe Reduzierung des Haushaltsansatzes um über 18 Prozent verschlechterte die staatlichen Fördermöglichkeiten spürbar. Um ein dramatisches Absinken der Förderquote zu verhindern, habe sich das Ministerium intensiv dafür eingesetzt, dass die 2002 nicht mehr zur Auszahlung gelangten Fördermittel für die Finanzierung der Projekte des nächstjährigen Bauprogramms eingesetzt werden können. Nunmehr könne man für 2003 doch noch von einer vertretbaren Förderquote von 49 Prozent ausgehen, Erhebliche Auswirkungen aber habe die Einsparung bei der finanziellen Absicherung neuer Projekte, so müsse die Einplanungsrunde für 2003 entfallen.

E. Scholl

ist zu erwarten, dass dieser Tarifabschluss zu einem Bumerang für die Angestellten im Öffentlichen Dienst wird. Die so genannte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat mit diesem erpressten Abschluss einen mächtigen Treibsatz für den Abbau öffentlicher Leistungen gesetzt. Ich prognostiziere, dass dieser Tarifabschluss das Jahr 2003 stark prägen wird - und zwar nicht im Sinne seiner Erfinder. Ein Personalabbau ist ja nur dann dauerhaft und wirksam, wenn zugleich staatliche und kommunale Aufgaben abgebaut würden. In dieser Richtung werden wir wohl in diesem Jahr eine verschärfte Diskussion darüber führen müssen, was die öffentliche Hand zu tun oder zu lassen hat.

Mut zur Lücke

GZ: Das heißt, der Staat spart künftig, indem er kommunale Aufgaben einfach weglässt, weil er sie nicht mehr bezahlen kann?

Glück: Wir werden den „Mut zur Lücke“ schon angesichts der knappen Kassen haben müssen. Der Tarifabschluss verschärft die Situation allerdings noch einmal. Jede Krise ist aber auch eine Chance, neue Wege zu beschreiten. Braucht jede Gemeinde ihren eigenen Bauhof? Kooperationen, wie sie zum Beispiel die Landwirtschaft mit den Maschinenringen vorgemacht hat, sind auch auf kommunaler Ebene vielfach denkbar. So könnte es zu gemeinsamen Betriebsansiedlungen kommen oder Gemeinde übergreifende Gewerbegebiete geben. Bei allem Sparzwang muss aber eines unbedingt gewährleistet bleiben: Alles, was Bürgerengagement oder die ehrenamtliche Arbeit fördert, bleibt weiterhin unverzichtbar.

Wir sollten weiter fördern, was dem Gemeinschaftsleben zuträglich ist, denn darin drückt sich die Lebendigkeit und die Vitalität einer Gemeinde aus. Dort, wo kein Gemeinschaftsleben mehr stattfindet, sind auch die Kommunen tot, entwickeln sich Kriminalität und soziale Schiefslagen. Das ist in der Tat nicht nur ein finanzielles Problem.

Das, was man in den heutigen Sprachgewohnheiten oft als Human- oder Sozialkapital bezeichnet, ist für die Zukunft unseres Landes, für die Lebensqualität des Einzelnen, für ein lebendiges Gemeinwesen ebenso wichtig wie Ökonomie, Technik, Infrastruktur. Deshalb müssen wir auch in finanziell schwierigen Zeiten diese Aufgabe sehen und bestmöglich erfüllen.

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Friedrich Minderlein
92747 Westheim
am 4.2.

Bürgermeister Johann Datzmann
83486 Ramsau b. Berchtesgaden
am 24.1.

Bürgermeister Hermann Schaubert
94359 Loitzendorf
am 26.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Prösl
92702 Kohlberg
am 3.2.

Landrat Manfred Pointer
85350 Freising
am 5.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Brunner
94405 Landau a. d. Isar
am 2.2.

Bürgermeister Martin Esterl
85625 Glonn
am 5.2.

Bürgermeister Alfred Schrenk
97772 Wildflecken
am 5.2.

Bürgermeister Xaver Schnierle
86709 Wolfersdorf
am 21.1.

Bürgermeister Ludwig Wittmann
85101 Lenting
am 22.1.

Bürgermeister Johann Schimpfhauser
84333 Malgersdorf
am 22.1.

Oberbürgermeisterin Birgit Seelbinder
95615 Marktredwitz
am 22.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Franz Nagelstutz
97299 Zell am Main
am 1.2.

Bürgermeister Georg Wagner
82447 Spatenhausen
am 3.2.

Bürgermeister Felix Schwallier
83043 Bad Aibling
am 4.2.

Bürgermeister
Eberhard Steiner
82435 Bad Bayersoien
am 5.2.

Bürgermeister Max Knott
93152 Nittendorf
am 5.2.

Bürgermeister Erwin Schopper
91086 Aurachtal
am 21.1.

Bürgermeister
Karl-Dieter Fuchs
97320 Mainstockheim
am 26.1.

Bürgermeister Bruno Gamm
97346 Iphofen
am 28.1.

Bürgermeister Franz Hafner
83700 Rottach-Egern
am 29.1.

Bürgermeister Karl Reith
94536 Eppenschlag
am 29.1.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Schmidt
86735 Amerdingen
am 21.1.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Gabriele Wohlhöfner
86488 Breitenenthal
am 3.2.

Bayerische Sparkassenstiftung:

Korporatives Engagement für eine humane Gesellschaft

Leistungsbericht dokumentiert vielfältige Stiftungstätigkeit

Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern übernimmt mit einer intensiven Stiftungsarbeit in erheblichem Umfang Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Gemeinwohl. Nur wenige wissen, dass die Sparkassenorganisation der größte nichtstaatliche Kulturförderer und größte Sportförderer in Deutschland ist. Ein nun vorliegender Leistungsbericht präsentiert einen Ausschnitt aus der vielfältigen Stiftungstätigkeit in Bayern. Zugleich steht er stellvertretend für viele lokale Stiftungsaktivitäten der einzelnen Sparkassen.

Wie der Geschäftsführende Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Siegfried Naser, in einem Vorwort darlegt, erfüllen die 60 sparkasseneigenen Stiftungen in Bayern mit einem Kapitalvolumen von mehr als 92,4 Millionen Euro in vielfäl-

gemen in der aktuellen Kunstdiskussion sei ihr zentrales Ziel. Die Jubiläumsstiftung der Sparkasse Schrobenuhnen habe beispielsweise gemeinsam mit der Bayerischen Sparkassenstiftung ein Pilotprojekt zur Förderung und Effizienzsteigerung der eh-

Statt eines modernen, entmaterialisierten Museums ist dort mit Unterstützung der Bayerischen Sparkassenstiftung ein Ausstellungsort in der Art eines Künstlerateliers entstanden.

Zusammenwirken gegensätzlicher Aspekte

Weil staatliche, kommunale und kirchliche Kulturerstattungen Sanierung nicht ausreichen, sprang die Stiftung auch bei der Klosterkirche Weltenburg mit in die Bresche. Ausschlaggebend für die finanzielle Förderung war hier das Zusammenwirken von auf den ersten Blick gegensätzlichen Aspekten: einerseits die große überregionale Bedeutung des Kirchenbauwerks, andererseits seine bodenständige Symbolkraft für bayerische Religiosität und bayerisches Selbstverständnis.

Da reine Wissensvermittlung nicht ausreicht, wenn Kinder wirkungsvoll lernen sollen, wurde im Kindergarten der evangelischen Christusgemeinde Schweinfurt das Modellprojekt „Bewegungskindergarten“ entwickelt und verwirklicht. Spielerisch, mit Gesang und Pantomime, lernen die Mädchen und Buben die Welt kennen. Für die nötige Ausstattung spendete die Bayerische Sparkassenstiftung rund 25.000 Euro.

Handlungsempfehlungen für StartUps

Im Herbst 2002 stand die Stiftung Pate bei der Gründung des neuen Instituts Munich Center for Entrepreneurial Studies (MCES) an der Technischen Universität München. Aus den Arbeiten dieses Instituts, das an der Schnittstelle von drei wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühlen steht, werden Existenzgründer künftig bereits in der Startphase praxisnahe Handlungsempfehlungen für die Vermeidung von Fehlern auch in späteren Stadien der Unternehmensentwicklung abrufen können. Eine der Grundlagen hierfür sind die Daten von über 7000 Unternehmen aus dem StartUp-Wettbewerb. Somit hat die TU München die Chance, sich in Europa zu einer der führenden Entrepreneurship-Universitäten zu entwickeln.

Initiative „Beweg' Dich“

Mit kompetenten Partnern aus dem Sport- und Drogensektor hat die Sportjugendstiftung ein Instrument geschaffen, das der Flucht in die Sucht entgegenwirkt: die „beweg' dich“-Initiative. Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht ein großes Sportfestival, das im Oktober 2002 erstmals in Ingolstadt mit viel Erfolg ausgerichtet wurde. Hunderte von Kindern, Jugendlichen und Eltern fanden viel Spaß an Sport und Spiel. Für die Sportvereine wiederum eröffnete sich zugleich eine ideale Bühne zur Darstellung ihrer Leistungsfähigkeit und Attraktivität.

Stiftungen leben weniger von den zahlreichen Problemstellungen als von den sachgerechten Konzepten zur Problemlösung, seien sie fremdentwickelt oder wie bei operativer Stiftungstätigkeit im eigenen Haus entworfen. Die Netze bürgerlicher Initiativen bilden die Plattform einer aktiven Bürgergesellschaft. Die Bayerische Sparkassenstiftung ist dafür eine tragende Säule. **Doris Kirchner**

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

tigster Form ihre Verpflichtungen als „korporative Mitbürger“. Sie deckten mit ausgeschütteten Erträgen in Höhe von 3,2 Millionen Euro (2001) ein breites Förderspektrum ab. Nicht umsonst seien die Sparkassen der größte nichtstaatliche Kulturmäzen und gleichzeitig auch der größte Sportförderer neben dem Staat.

Auf die Ziele kommt es an

„Nicht auf die Finanzvolumina allein, mehr noch auf die Ziele der Projekte kommt es an“, so Naser. So förderte beispielsweise die Kulturstiftung der Stadtsparkasse München über 200 viel versprechende Ansätze, Neues zu schaffen oder Etabliertes zu verbessern. Aktives Enga-

renamtlichen Tätigkeit aufgesetzt. Die Emil-Warburg-Stiftung, an der die Stadtsparkasse Bayreuth beteiligt ist, sehe ihr zentrales Förderinteresse in Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Physik. Und die offene Stiftergemeinschaft „Bunter Kreis“, an der sich die Kreissparkasse Augsburg beteiligt, habe sich die Unterstützung von Familien mit chronisch krebs- und schwerstkranken Kindern zum Ziel gesetzt.

Ein weiteres Beispiel für vielfältige Stiftungstätigkeit ist das Museum der Kunst- und Kulturstiftung Dr. Geiger-Haus in Marktoberdorf, der einzigen Sammlung zeitgenössischer schwäbischer Kunst im Bereich der Malerei, Plastik und Grafik.

Kommunen fordern Hilfen nach Tarif-Einigung

Berlin/Köln. Die Kommunen haben nach der Einigung im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes den Bund aufgefordert, zusätzliche Mittel für Investitionen bereitzustellen. Die kommunalen Arbeitgeberverbände haben den Tarifkompromiss begrüßt: Er verschlimmere die Lage zumindest nicht.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, sagte, der Tarifabschluss werde für Städte und Gemeinden im laufenden Jahr zu Erhöhungen der Personalausgaben von knapp zwei Prozent führen. Der Bund müsse ihnen helfen, mit dieser Belastung fertig zu werden.

Forderung nach Senkung der Gewerbesteuerumlage

Dazu schlug Landsberg eine Senkung der Gewerbesteuerumlage vor. Die Gemeinden könnten so um 2,3 Milliarden Euro entlastet werden. Für öffentliche Investitionen der Kommunen solle der Bund außerdem die 600 Millionen Euro zur Verfügung stellen, die von der Bahn im zurückliegenden Jahr nicht verbaut worden seien.

Für künftige Tarifverhandlungen regte Landsberg an, die Rolle der Kommunen zu stärken. Sie hätten mit 1,5 Millionen den größten Anteil der öffentlich Beschäftigten und müssten dafür auch bis zu 40 Prozent ihrer Aus-

gaben verwenden. Beim Bund entfielen nur 11 Prozent der Ausgaben auf das Personal.

Die katastrophale Finanzlage der Städte und Gemeinden sei weitestmöglich berücksichtigt worden, sagte der Hauptgeschäftsführer der kommunalen Arbeitgeberverbände, Gerhard Kappius. „Der Tarifabschluss verschlimmert die Situation der Kommunen zumindest nicht.“ Der Kompromiss sei eine klare Verbesserung im Vergleich zur Schlichtungsempfehlung.

Er habe keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass nach Berlin weitere Städte oder Gemeinden aus dem Tarifverbund ausscheiden wollten, sagte Kappius. „Von solchen Überlegungen hört man aber natürlich überall, vollziehen sollten die Kommunen diesen Schritt nicht“, meinte er. Berlins Austritt aus den Arbeitgeberverbänden nannte er „sehr bedauerlich“. Damit werde Berlins Position geschwächt. „Es ist schwer, sich alleine zur Wehr zu setzen, das geht nur im Verbund.“ **KK/dpa**

GZ

Kolumne
Maximilian Gaul

Liebe Leser

Die Finanzlage der meisten Gemeinden ist schlecht wie nie zuvor. Dies ist nun hinlänglich bekannt. Andererseits gibt der Gesetzgeber den Gemeinden das Recht, Beiträge und Gebühren zu erheben. Im KAG heißt es dazu, dass die Kommunen zur Deckung des Aufwandes ihrer öffentlichen Einrichtung Beiträge erheben können, für die Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen dagegen sollen sogar solche Beiträge erhoben werden. Trotzdem wagen es viele Gemeinderäte nicht, kostendeckende Beiträge, aber auch kostendeckende Gebühren dort zu verlangen, wo der Bürger oder der Grundstückseigentümer besondere Vorteile aus



obwohl dieser Beitragsmaßstab nach Aussage der Gerichte am sachgerechtesten den Vorteil ausgleicht, muss nun eine tatsächliche Geschossfläche in Abzug gebracht werden, die keinen Bedarf für Wasser oder auf Abwasserentsorgung aufweist. Bisher spielte es bewusst keine Rolle, ob ein Baugrundstück bebaut oder unbebaut war, es ging nach dem Vorteil, den der Grundstückbesitzer aus seinem Grundstück ziehen kann, nicht darum ob er

es auch tut oder nicht. Zukünftig kriegt derjenige wohl wieder Geld zurück, der dann privilegierte Gebäude oder Gebäudeteile darauf errichtet, die an die Einrichtung nicht angeschlossen sind? Und wie macht man das, wenn man statt des Maßstabs zulässige Geschossfläche gar einen Nutzungsfaktor eingeführt hat, bei dem überhaupt keine Geschossfläche mehr vorkommt? Ziemlich praxisfern, aber lobbygerecht!

„Vor Gericht und auf hoher See...“, so dachten auch wir uns. Deshalb haben wir in Anbetracht eines anstehenden VGH-Termins unsere Satzung geändert und - in Gottes Namen - das neue KAG berücksichtigt. Nicht ohne uns auch vom Gemeindegeld zu lassen. Leider gab es gegen Ende des Jahres, Monate nach Änderung des KAG, noch immer kein amtliches Muster. Wir mussten es uns mit Hilfe des Bayerischen Gemeindetages und unseres Rechtsanwaltes selbst stricken. Und siehe: genau diese Satzung stößt nun in diesen Passagen auf starke Bedenken, wenn sie nicht sogar richtig ist. So lässt man die Kommunen im Regen stehen, stelle ich fest.

Und der Bürger? Der blickt zwangsläufig noch weniger durch als wir juristische Laien in der Kommunalpolitik und fühlt sich verschaukelt. Er hält seine Kommunalvertreter und die Verwaltung für unfähig, „eine ordentliche Satzung auf den Weg zu bringen, die einer Prüfung durch die Verwaltungsgerichtsinstanzen standhält.“

Fazit: So kommt immer wieder erneut Freude auf im Gemeinderat, wenn wieder Beiträge erhoben werden sollen und es hierzu einer neuen, erneuerten oder veränderten Satzung bedarf.

Max. Gaul

Bayern im Zahlenspiegel

Das neue Nachschlagewerk der Landesstatistiker gewährt Einblick
138 Daten von jeder Kommune - Auch ein Stück Heimatkunde

Es gibt sie nicht mehr, die ein- und zweiklassige Dorfschule. Damit ist der Dorfschullehrer aus dem Klassenzimmer verschwunden, der etwas über die engere Heimat erzählen kann. Der Klassenleiter in der zentralen Hauptschule wäre überfordert, in der Heimatkunde sich jedem Dorf im Einzugsbereich zu widmen. Über die Landeshauptstadt an der Isar, die Weltstadt mit Herz, natürlich über die Metropole des eigenen Regierungsbezirks gibt es genug Stoff im Lehrplan. Hier hilft nun die frisch aufgelegte, dickbändige 2002er Ausgabe „Gemeindedaten“ des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung aus.

Amtsleiter Dr. Peter Bauer betont im Vorwort, die Fleißarbeit seiner Mitarbeiter biete Staat, Kommunen, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft tief gegliederte Details nicht zuletzt für ihre Entscheidungen, jedem Bürger „ein interessantes Spektrum regionalstatistischer Daten“. In der Tat, das Buch enthält für jede Gemeinde, Verwaltungsgemeinschaft, kreisfreie Stadt, für jeden Landkreis und Regierungsbezirk jeweils 138 spezielle Zahlenwerte, übrigens ebenso für die Planungsregionen. Dem Wissensdurstigen werden im Einzelfall die Orts- und Gebietsflächen geboten, auch wie viel davon bebaut ist oder unbebaut. Man kann nachlesen, ob Erholungsflächen zur Verfügung stehen, welche Ausmaße die Wälder und Gewässer haben, welche Flächen dem Verkehr geopfert wurden.

Ob die Bevölkerung zwischen 1970 und Ende 2000 gewachsen ist oder eine Kommune in dieser Zeitspanne Einbußen erlitten hat,

ist nachzulesen. In diesen gut 30 Jahren ist die Einwohnerschaft des Freistaates immerhin um gut 1,75 Millionen auf 12.230.255 Menschen gewachsen. Umgerechnet auf den Quadratkilometer Landesfläche entspricht das einer Zunahme von 149 auf 173 Bürger jeglichen Alters. Kommunal- und Sozialpolitiker beschäftigt die Altersgliederung der Menschen in Stadt und Land wohl ebenso der Verlauf der Wanderungsströme.

Der Zahlenspiegel widmet sich ausführlich dem Bildungswesen durch Nennung beispielsweise der Kindergartenplätze und der Anzahl von Schülern und Lehrern in den einzelnen Schularten. Einige Beispiele seien herausgegriffen: Die 21 Gemeinden des Landkreises Ebersberg boten zum Jahresbeginn 2001 insgesamt 3.990 Plätze in ihren Kindergärten, bis auf 18 waren alle mit dem Nachwuchs im Vorschulalter belegt. 1870 der betreuten 3972 Kinder wurden nur halbtags betreut. Im Ein-

zugsgebiet der Landeshauptstadt gelegen hatten nur vier Gemeinden keine ortseigene Volksschule mehr. Ganz anders im unterfränkischen Landkreis Haßberge. Hier waren bereits elf von 26 Gemeinden „schulfrei“.

Der Sektor Wirtschaft nennt die örtlich und regional in Arbeit und Brot stehenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, untergliedert in neun Wirtschaftsbereiche wie Land- und Forstwirtschaft oder Produzierendes Gewerbe (Industrie). Es überrascht vielleicht, dass in nahezu allen ländlichen Gemeinden noch Betriebe des Bauhauptgewerbes ansässig sind. Die am Ort im Jahr 2000 ausgezahlten Löhne und Gehälter sind bereits auf den Euro umgerechnet.

Die Erhebungen erfassen auch den Fremdenverkehr, die Altenhilfe, die kommunalen Finanzen, letztere mit Angaben über die Steuerentnahmen, die Hebesätze und Schlüsselzuweisungen.

Schließlich einige „Schmankerl“ aus dem Nachschlagewerk: München und Nürnberg erstrecken sich über eine Fläche von 310 bzw. 1869 Quadratkilometer. Augsburg kommt auf 146 qkm, überflügelt u.a. von den Kommunen Lenggries und Rothenburg o. d. T. mit 243 qkm und 216 qkm. Über Redwitz a. d. Rodach ist zu erfahren, dass es (Fortsetzung auf Seite 4)

Gutes und behagliches Wohnen in Heimen für alte Menschen

Beckstein stellt Handreichung für Architekten und Investoren vor

„Der steigende Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung macht auch ein wachsendes Angebot an Heimen für alte Menschen erforderlich. Deshalb unterstützt Bayern den Neu- und Umbau und die Modernisierung von rund 1.300 Wohnplätzen in Alten- und Pflegeheimen. Dafür stellt die Bayerische Staatsregierung Fördermittel in Höhe von 23 Millionen Euro zur Verfügung“, sagte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich des aktuell von der Obersten Baubehörde herausgegebenen neuen Arbeitsblattes „Heime für alte Menschen“ in München.

Das Arbeitsblatt stellt Beispiele von Heimen für alte Menschen vor, die sich durch eine hohe Qualität hinsichtlich architektonischer Gestaltung und Wohnumfeld auszeichnen.

Planungshilfe

Ausgewählt wurden dabei Heime, die in den letzten zehn Jahren mit Zuschüssen des Freistaates Bayern gebaut wurden. Weiter informiert die Broschüre über zeitgemäße Pflegekonzepte

und über die funktionellen Anforderungen an Raumprogramm und Planung.

Die achtzig Seiten starke Broschüre „Heime für alte Menschen“, die als fünftes Arbeitsblatt in der Reihe „Wohnen in Bayern“ von der Obersten Baubehörde herausgegeben wird, gibt Architekten und Trägern von Heimen eine umfassende Hilfe zum Planen von Altenheimen und eine Auswahl von guten Beispielen an die Hand. Es kann in Einzelexemplaren ko-

stenfrei bei Firma Ernst Vögel GmbH, Kalvarienbergstraße 22, 93491 Stamsried, Telefon (094 66) 94400, Telefax (09466) 1276, E-Mail voegel@voegel.com, bestellt werden.

Selbständigkeit erhalten

In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Alterspyramide förmlich auf den Kopf stellen: Immer weniger junge Menschen werden immer mehr alten Menschen gegenüberstehen. Diese Entwicklung lässt sich kurzfristig nicht umkehren und hat Folgen für alle Lebensbereiche. Das Wohnen ist davon nicht ausgenommen. Die Meisten der heute 45- bis 65-jährigen erklären, in ihrer angestammten Wohnung alt werden zu wollen.

Die eigene Wohnung hat aber nicht selten den Nachteil, dass sie der besonderen Lebenssituation alter Menschen nicht entspricht, nicht barrierefrei ist und den Erfordernissen der Pflegedienstleistungen nicht genügt. Dagegen steht in den Heimen für Menschen in der dritten Lebensphase die Sicherheit im Vordergrund.

In den Altenwohnheimen ermöglichen abgeschlossene, altengerechte Ein- oder Zwei-Zimmer-Apartments eine weitgehend selbständige Lebens-

Bayerischer Wohnungsbaupreis 2003:

Wohnen ohne Barrieren

Beckstein startet neuen Landeswettbewerb

Unter der Schirmherrschaft von Innenminister Dr. Günther Beckstein startet die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Architektenkammer und dem Verband bayerischer Wohnungsunternehmen erneut einen Landeswettbewerb zum Bayerischen Wohnungsbaupreis.

Anlässlich des „Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003“ steht der diesjährige Wettbewerb unter dem Motto „Wohnen ohne Barrieren“. Ziel des Wettbewerbs ist es, das Bewusstsein für den barrierefreien Wohnungsbau auf breiter Front zu wecken und zu stärken, ganzheitliche Planungsansätze zu fördern und herausragende Lösungen lobend hervorzuheben.

Ausgezeichnet werden Wohngebäude einschließlich Altenwohnungen, betreuten Wohnungen und Seniorenwohnanlagen, die in den letzten 10 Jahren in Bayern fertiggestellt wurden und in denen bei hoher gestalterischer Qualität die Belange behinderter Menschen in Planung und Ausführung beispielhaft berück-

sichtigt wurden. Im Wettbewerb zugelassen sind Vorhaben im Geschosswohnungsbau über verdichtete Wohnformen bis hin zum Einfamilienhausbau. Mischformen mit barrierefreien Teilbereichen werden berücksichtigt, wenn Ansätze des barrierefreien Bauens erkennbar Bestandteil der Gesamtkonzeption sind. Es können sowohl Neubauten als auch umfassende Modernisierungen und Umnutzungen im Bestand eingereicht werden. Ausgenommen sind Projekte, die im Rahmen der Programme des experimentellen Wohnungsbaus der Obersten Baubehörde gefördert oder in einem der vorangegangenen Landeswettbewerbe ausgezeichnet wurden.

Die Wettbewerbsunterlagen können direkt bei dem den Wettbewerb betreuenden Architekturbüro Dipl.-Ing. Walter Landherr, Karlstraße 55, 80333 München, Tel. 089/550793-41, Fax. 089/550793-81, E-Mail: architekt@walterlandherr.de angefordert bzw. im Internet unter: www.wohnen.bayern.de unter der Rubrik „Aktuelles“ abgerufen werden. Einsendeschluss der Unterlagen ist der 28. 02. 2003. **z**

Experimenteller Wohnungsbau in Bayern

Wie Innenminister Dr. Günther Beckstein bekannt gab, bietet die Oberste Baubehörde wegen der vielen Nachfragen ihre Internetinformationen zum Experimentellen Wohnungsbau jetzt auch auf Englisch an. Unter der Adresse www.wohnen.bayern.de wird über Modellvorhaben, aktuelle Veröffentlichungen, Ausstellungen und Veranstaltungen informiert. Sämtliche Modellprojekte können über ein Ortsverzeichnis und die Bayernkarte direkt angeklickt werden. „Dabei wird deutlich, dass Bayern nicht erst seit heute, sondern schon seit langem den „Paradigmenwechsel“ vom rein quantitativen Aspekt der Wohnungsversorgung zum qualitativen, in die Zukunft gerichteten Wohnungsbau vollzogen hat“, so Beckstein.

Seit über 20 Jahren fördert die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern Pilotprojekte im Experimentellen Wohnungsbau. Insgesamt wurden bislang rund 2.500 Wohnungen mit 100 Millionen Euro gefördert. Laut Beckstein eignen sich Modellvorhaben hervorragend als ein wirksames Instrument der Politik- und Bauherrenberatung und sind für die Weiterentwicklung des Wohnungsbaus im Zusammenwirken mit der Wohnungswirtschaft und der Bauwirtschaft unverzichtbar. Die Spannweite der Modellprojekte reicht dabei vom Wohnen zur Miete im Reihenhaus über Modellbauten in Holz bis hin zum kostengünstigen Bauen und der ökologischen Modernisierung von Altbauten. Schwerpunkte der künftigen Modellprogramme der nächsten Jahre, so Beckstein, liegen im Wohnungs-

bestand: „Mit exemplarischen Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung intakter Wohnquartiere wollen wir Erosionstendenzen und Fehlentwicklungen rechtzeitig und präventiv entgegenwirken.“

Uneingeschränktes Ja der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Als „desolat“ beschrieb Dr. Brandl eingangs die Finanzlage der Gemeinden. Vier von zehn kreisangehörigen Städten, Märkten und Gemeinden seien faktisch pleite. Sie seien nicht mehr in der Lage, die eigenen Selbsthilfesätze auszugleichen und müssten sich jetzt mit Krediten behelfen, die sie eigentlich gar nicht mehr aufnehmen dürften. Ein Fiasko im nächsten Jahr stehe deshalb zu befürchten. Diese Notlage, so Brandl, sei kein Produkt verfehlter Kommunalpolitik; vielmehr fungierten strukturelle Probleme und die verfehlte Finanzpolitik der Bundesregierung - Stichwort strikte Sparpolitik - als Hemmschuh. Besonders fatal habe sich die Anhebung der Gewerbesteuerumlage bei Bund und Ländern ausgewirkt, hinzu komme die Bildung von Organschaften großer, international tätiger Konzerne und schließlich die Steuerfreistellung von Veräußerungserlösen, betonte Brandl.

Konultationsmechanismus

Brandl plädierte dafür, das strikte Konnexitätsprinzip sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene einzuführen. Gleichzeitig werde ein Konsultationsmechanismus nach österreichischem Vorbild benötigt. Zwar verspreche er sich von diesen beiden Verfahren nicht, dass dadurch automatisch mehr Geld in die Kassen der Gemeinden fließt; jedoch sei er zuversichtlich, „dass so manche neue Aufgabe erst gar nicht eingeführt wird, wenn sich herausstellt, dass sie letztlich nicht finanzierbar ist“. Dies jedenfalls hätten die Erfahrungen der vergangenen Jahre in Österreich gezeigt.

Bezugnehmend auf das Thema Finanzautonomie der Gemeinden erklärte Brandl, dass der Bayerische Gemeindetag Bagatellsteuern ausdrücklich nicht das Wort rede. Jedoch müsse jede Gemeinde die Freiheit haben, darüber entscheiden zu dürfen, ob sie eine für sie bedeutsame Steuer, die es in ande-

ren Bundesländern im übrigen gibt, erheben will. Die Masse der Gemeinden werde dies ohnehin nicht tun. Wenn aber beispielsweise in einzelnen Orten - siehe Fremdenverkehrsgemeinden - eine Steuer dazu beitragen könne, die örtlichen Lasten gerechter zu verteilen, halte er dies für eine durchaus sinnvolle Einrichtung.

Staatsregierung steht zum Konnexitätsprinzip

In Vertretung von Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, der als Verhandlungsführer der Länder kurzfristig bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst teilnehmen musste, betonte der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, Ministerialdirektor Gerhard Flaig, die Staatsregierung stehe ohne Wenn und Aber zum Konnexitätsprinzip und seiner Verankerung in der Bayerischen Verfassung. Im partnerschaftlichen Dialog hätten Finanzminister Faltlhauser, Innenminister Dr. Günther Beckstein und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände einen tragfähigen Konsens erzielt. Danach, so Flaig, wird der Freistaat künftig bei der Übertragung von Aufgaben auf die Gemeinden zugleich auch Aussagen zur Kostendeckung treffen müssen. Führten die zusätzlichen Aufgaben effektiv zu finanziellen Mehrbelastungen bei den Kommunen, sei der Freistaat künftig zum finanziellen Ausgleich verpflichtet. Finanzieller Ausgleich bedeute vollen Kostenersatz.

Für den eigenen und den übertragenden Wirkungskreis

Wie Flaig weiter ausführte, wird das Konnexitätsprinzip sowohl auf Aufgaben des eigenen als auch des übertragenden Wirkungskreises Anwendung finden. Im Übrigen werde es aber auch dann greifen, wenn der Freistaat künftig an die Erfüllung solcher Aufgaben besondere kosteneffektive Anforderungen stelle.

führung. Altenheimplätze sind für noch rüstige Menschen, die keinen eigenen Haushalt mehr führen können oder wollen, Pflegeplätze für dauernd pflegebedürftige Personen gedacht. Vor diesem Hintergrund wird laut Beckstein die Förderung von Heimen für alte Menschen im Bereich des staatlich geförderten Wohnungsbaus, die schon bisher eine wichtige Aufgabe ist, noch an Bedeutung gewinnen. **z**

Abwasserentsorgung von Einzelanwesen:

100.000 private Kleinkläranlagen

LfW-Themenheft gibt Hilfe

Eine halbe Million Einwohner Bayerns insbesondere im ländlichen Raum werden auf Dauer nicht an öffentliche Kläranlagen angeschlossen werden können. In diesen Fällen muss die Abwasserbeseitigung in privaten Kleinkläranlagen erfolgen. Etwa 100.000 solcher Anlagen werden benötigt. Zur allgemeinen Information über die neuesten Entwicklungen zur Abwasserbehandlung in privaten Kleinkläranlagen hat jetzt das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft das Themenheft „Abwasserentsorgung von Einzelanwesen“ (Stand Juli 2002) neu aufgelegt.

Privat betriebene Kleinkläranlagen für einzelne Anwesen sind insbesondere im ländlichen Raum weit verbreitet. Derzeit werden die Abwässer von rund 7 % der bayerischen Einwohner so entsorgt. Die Restbelastung an organischen Stoffen aus Kleinkläranlagen beträgt jedoch rund 70 % der organischen Schmutzfracht, die von allen bayerischen Bürgern insgesamt über Abwasseranlagen in die Umwelt abgeleitet wird. Bevölkerungsanteil und zugehöriger Stoffeintrag unterscheiden sich somit um den Faktor 1 zu 10.

Ursachen für dieses Ungleichgewicht sind u.a.:

z die häufig noch fehlenden biologischen Abwasserbehandlungsstufen bei vielen Kleinkläranlagen, insbesondere bei den Altanlagen,

z der vielfach nicht optimale Betrieb der Kleinkläranlagen wegen unzureichender Eigenkontrolle, Wartung und Beaufsichtigung.

Gewässerschutz sicherstellen

Auf Dauer angelegte Kleinkläranlagen müssen heute einen vergleichbaren Gewässerschutz wie öffentliche Kläranlagen sicherstellen. Mit der Änderung des Anhangs I der Abwasserverordnung zum 1. August 2002 ist dies bundesweit vorgeschrieben. Die heute noch meist nur mechanisch wirkenden Kleinkläranlagen müssen deshalb in nächster Zeit jeweils mit den zur biologischen Abwasserbehandlung erforderlichen Einrichtungen aus- bzw. ggf. nachgerüstet werden. Weiterhin müssen sie betrieblich optimiert und vor vermeidbaren Störeinflüssen geschützt werden. Mit Einführung der „Technischen Regeln für den Bau und den Betrieb von Kleinkläranlagen - TRKleinkläranlagen“ zum 4. Februar 2002 sind in Bayern einheitliche Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Gewährleistung dieser Ziele gegeben.

Die Nachrüstung der privaten

Kleinkläranlagen mit biologischen Stufen sowie die Optimierung von Betrieb und Wartung sind wichtige Aufgaben, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Dies erfordert eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betreibern, Herstellerfirmen, Anlagenplanern, privaten Sachverständigen in der Wasserwirtschaft und den zuständigen Behörden. Zur gegenseitigen Abstimmung und zur Sicherung einer landesweit einheitlichen Umsetzung hat das Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft im Juli 2002 gemeinsame Dienstbesprechungen für die Sachverständigen und Behörden durchgeführt. An insgesamt acht Veranstaltungen haben nahezu 600 Personen teilgenommen.

Weitergabe an Kommunen

Diese Informationen werden jetzt an die zuständigen Kommunen und die betroffenen Bürger weitergegeben (z.B. bei Gemeinderatssitzungen oder Bürgerversammlungen). Notwendige Entscheidungen über die kommunalen Abwasserbeseitigungskonzepte und deren Terminplanung werden von ihnen vorbereitet und die für den Einzelfall erforderlichen Genehmigungsverfahren abgewickelt.

Das Themenheft enthält umfassende Hinweise zum sachgemäßen Bau und Betrieb von Kleinkläranlagen. Insbesondere werden die verschiedenen technischen Möglichkeiten der Abwasserbehandlung mittels Kleinkläranlagen aufgezeigt und auf die neueren Rechtsvorschriften eingegangen, die bei der Planung, Genehmigung und Kontrolle solcher Anlagen zu beachten sind.

Das Themenheft ist ab sofort bei allen Kreisverwaltungsbehörden und bei allen Wasserwirtschaftsämtern kostenfrei zu erhalten. Es ist ebenfalls im Internetangebot des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft (www.bayern.de/lfw) abrufbar. **z**

Bayern im ...

(Fortsetzung von Seite 3)

dort 960 Wohngebäude jedoch keine Gästebetten für den Fremdenverkehr gibt. Im Jahr 2000 waren dort 24 Verkehrsunfälle mit 20 Verletzten registriert worden. Die Redwitzer Volksschule wurde zu Beginn des Schuljahres 2000/2001 von 436 Schülern besucht, denen von 25 Lehrkräften Wissen und Bildung vermittelt wurde. Übrigens, sämtliche „Gemeindedaten 2002“, lassen sich über eine CD-Rom erfragen. Ebenfalls neu im Angebot der Münchner Statistikerzentrale ist das überarbeitete Anschriftenverzeichnis der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreise und Bezirke samt Telefon-, Fax- und E-Mail-Anschlüssen. **mhb**

Vorschlag an die Kommunen:

Mit Privatpotenzial die Investitionsschwäche meistern

Der Bayerische Bauindustrieverband plädiert für Betreibermodelle
Im Freistaat gibt's schon Beispiele

Bei den Kommunen baut sich ein gewaltiger Investitionsstau auf. Denn weil ihre Einnahmen dramatisch zurückgehen und zugleich ihre zu zahlenden Umlagen weiter steigen, können immer mehr Städte und Gemeinden ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Die Folge ist eine massive Einschränkung ihrer Investitionskraft. Das bekommt vor allem die ohnehin notleidende Bauwirtschaft zu spüren, denn normalerweise sind die Kommunen ihre größten öffentlichen Auftraggeber. In dieser für alle Seiten schwierigen Situation plädiert der Bayerische Bauindustrieverband (BBIV) dafür, dass sich die Kommunen zur Erfüllung ihrer dringenden Infrastrukturaufgaben privater Betreibermodelle, auf Neudeutsch auch „Public Private Partnership (PPP)“ genannt, bedienen, statt selbst als Investor zu agieren.

Bei einer BBIV-Presskonferenz berichteten über ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet Dr. Hans-Joachim Wolff, Vizepräsident und Vorsitzender des Arbeitskreises Privatfinanzierung des BBIV sowie beruflich Vorstandsvorsitzender der Walter Bau AG, Augsburg, Dipl.-Ing. Josef Geiger, Mitglied im Vorstand des BBIV und Geschäftsführer des Allgäuer Bauunternehmens Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf, sowie der Sonthofener Landrat Gebhard Kaiser.

Geglückte Beispiele

Als geglückte Beispiele privater Betreibermodelle in Bayern wurden das Familien- und Freizeitbad Wonnemar in Sonthofen, die Städtische Markthalle Kempten, die Kläranlage in Bad Wörishofen, das Atlantis Freizeitbad in Neu-Ulm sowie die Eissport- und Veranstal-

tungsarena in Nürnberg genannt.

Dramatische Zahlen

Nach Angaben des neuen Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages und Bürgermeisters von Abensberg, Dr. Uwe Brandl, können mittlerweile 40 % der bayerischen Kommunen ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Nach einer Umfrage des Bayerischen Städtetages haben zwei Drittel seiner Mitglieds-kommunen Haushaltssperren oder Investitionsstopps beschlossen. Wie dramatisch die Lage ist, zeigen Zahlen des Bayerischen Statistischen Landesamtes. Danach sind die Steuereinnahmen im ersten Quartal 2002 gegenüber dem ersten Quartal 2001 in Regensburg um 62,6 %, in Würzburg um 59,6 %, in Coburg um 50,3 %, in Erlangen um 49,5 %, in Aschaffenburg um 39,7 %, in Schweinfurth um 38,2 %, in Schwabach

um 34,8 %, in Fürth um 32,9 %, in Hof um 30,3 % und in Memmingen um 30,1 % zurückgegangen. Und diese Aufzählung umfasst nur die extremsten Fälle.

Betroffene Bauwirtschaft

Die sich daraus ergebende kommunale Investitionsschwäche trifft die Bauwirtschaft noch weit stärker als die Investitionsschwäche anderer staatlicher Ebenen. Denn im Jahre 2000 zum Beispiel - neuere Zahlen liegen noch nicht vor - bestritten die Kommunen (Städte, Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände, Zweckverbände) allein 62 % der Baumaßnahmen der öffentlichen Hand in Deutschland, die sich damals auf insgesamt 59,4 Mrd. DM (30,4 Mrd. €) addierten. Auf den Bund entfielen 19 %, auf alle Länder zusammen 18 % und auf die Sozialversicherungen 1 %.

Verlängerung der Krise

Der Einbruch des kommunalen Baumarcktes ist also einer der wesentlichen Faktoren für die Verlängerung der Krise am Bau, die bereits seit mehr als acht Jahren andauert. Nach BBIV-Angaben war das Jahr 2002 das bisher dramatischste mit hohem Substanzverzehr in der Bauwirtschaft, einem weiterem Arbeitsplatzabbau und einer zuneh-

menden Zahl von Insolvenzen.

Ungedeckter Investitionsbedarf

Nach Ansicht der beiden Vertreter der Bauindustrie wird das Volumen des kommunalen Baumarcktes immer weniger vom Bedarf und immer stärker von der schrumpfenden Investitionskraft der Kommunen bestimmt. „Die Investitionen werden zum Anhängsel der Kommunalpolitik, anstatt als Zukunfts- und Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle zu haben.“ Diese Entwicklung führt zu einem ungedeckten Investitionsbedarf der Kommunen, „der mindestens genauso dramatisch ist wie der Verfall der Investitionskraft“, so Wolff.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hat den kommunalen Investitionsbedarf schon vor ein paar Jahren für die Jahre 2000 bis 2009 auf 686 Mrd. € veranschlagt. Bei einer Hochrechnung der gegenwärtigen Ansätze stehen dem lediglich 200 Mrd. € verfügbare Mittel gegenüber. Deutschlandweit häufen die Kommunen in nur zehn Jahren also ein Investitionsdefizit von 486 Mrd. € an. Und diese Zahl wurde geschätzt zu einer Zeit, als der krisenhafte Abbau der kommunalen Investitionskraft noch nicht vorherzusehen war.

ÖPNV am stärksten betroffen

Von dem Investitionsbedarf entfallen nach BBIV-Darstellung auf Straßen und den Öffentlichen Personennahverkehr 26 %, auf die soziale Infrastruktur 19 %, auf den Bereich Wasser und Umweltschutz 18 %, auf sonstige Bereiche 15 %, auf den Wohnungsbau 7 %, auf die Energieversorgung 6 %, auf Grundstücke 5 %, auf Verwaltungsgebäude 3 % und auf die Telekommunikation 1 %.

Alternativen

In dieser Situation sieht sich die Bauindustrie veranlasst, nach Alternativen zur Bewältigung der notwendigen Investitionen zu suchen, „weil es nicht reicht“, so Geiger, „auf neue Einnahmen zu warten.“ Nach ihrer Meinung haben sich im Ausland, vor allem in Großbritannien, aber - wie bereits erwähnt - auch bei einzelnen kommunalen Projekten in Deutschland private Betreibermodelle bewährt. Dabei überträgt die Kommune einem in der Rechtsform des Privatrechts tätigen Dritten, dem Betreiber, die Durchführung einer gemeindlichen Aufgabe. Diese Aufgabe umfasst in der

Regel den Bau und den Betrieb eines Gebäudes oder einer Anlage. Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb werden als aufeinander abgestimmte Leistungen ausgeschrieben, um eine kostengünstige Gesamtkonzeption zu haben. Nach Darstellung der Vertreter der Bauindustrie und des Landrats aus dem Oberallgäu ist ein solches Konzept auf eine ganze Palette von Aufgaben anwendbar. Als Beispiele wurden Schwimmbäder, Krankenhäuser, Parkhäuser, Schulen, Theater, Museen und Feuerwehrrhäuser genannt, aber auch Einrichtungen der sozialen Infrastruktur etwa zur Behindertenbetreuung.

Künftige Bewirtschaftung kommunaler Aufgaben

Allerdings war man sich auch einig, dass dieses Modell nicht für alles und jedes sinnvoll ist. Es komme auf den Einzelfall an. In diesem Zusammenhang wurde der Vorsitzende der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, Alois Glück, mit den Worten zitiert, das private Betreibermodell sei keineswegs aus der Not geboren für Aufgaben, die der Staat, hätte er die Mittel, im Prinzip besser lösen könne. Private Betreibermodelle sind nach Darlegung der drei Referenten in der Pressekonferenz völlig unabhängig von der momentanen finanziellen Lage als ein wichtiger Weg in die künftige Bewirtschaftung kommunaler Aufgaben anzusehen.

Als deren Pluspunkte wurden Kostenvorteile von bis zu 15 % sowie erhebliche Effizienzsteigerungen durch das Know-how und die Marktübersicht der Privaten genannt, was viele Projekte überhaupt erst möglich mache oder zumindest ihre frühere Fertigstellung sichere. Durch diese Vorteile erweitere sich letztlich auch der kommunale Handlungsspielraum für neue Investitionen.

Eigenmittel fehlen

Nach Darlegung der beiden Vertreter der Bauindustrie rufen die Kommunen heutzutage häufig staatliche Fördermittel nicht mehr ab, weil es ihnen an den Mitteln zur Eigenbeteiligung fehlt. Und wenn die Kommunen doch tätig werden, Sorge die übliche Bürokratie durch langwierige Bewilligungsverfahren und vielfache Kontrollen oft für jahrelange Verzögerungen, was nicht selten die Vorteile der staatlichen Förderung konterkariere. Dem Zwang, dass sich ein Projekt vernünftig rentieren müsse, werde über die Tätigkeit von

Beamten kaum ausreichend Rechnung getragen. Deshalb sollte man es „diejenigen machen lassen, die es können“, und privates Kapital nutzen. Die Kommunen, die ja selbst nicht abschreiben können, täten besser daran, statt auf das oft langwierige Procedere staatlicher Zuschüsse zu warten, über das Betreibermodell gleich auf die Wirkung von Abschreibungen zu setzen. An privatem Kapital mangle es nämlich in Deutschland nicht, es müsse nur vernünftig genutzt werden. Kaiser: „Der Staat sollte dafür sorgen, dass deutsches Kapital hier im Lande eingesetzt wird und nicht zum Schiffbau in Korea.“ In Deutschland müssen, so die drei Referenten, die Rahmenbedingungen so geändert werden, dass die deutlichen Kosten- und Zeitvorteile der privaten Betreibermodelle öfter genutzt werden.

Rechtliche Voraussetzungen

Nach BBIV-Darstellung sind in Deutschland die rechtlichen Voraussetzungen für kommunale Betreibermodelle grundsätzlich gegeben. Für diese Modelle gelten selbstverständlich auch die VOB-Bestimmungen, und es können natürlich eindeutige Qualitätsvorgaben gemacht werden. Betreibermodelle lassen sich so formulieren, dass staatliche Förderungen erhalten bleiben. Und die Verträge lassen sich so formulieren, dass die kommunale Gestaltungshoheit erhalten und gesichert bleibt. In der Regel gehen dann die realisierten Objekte nach 20 oder 25 Jahren aus der Erbpacht ins Eigentum der Kommunen über. Für den Fall, dass zwischenzeitlich die Betreibergesellschaft pleite gehen sollte, sorgt eine Bankbürgschaft für Sicherheit.

Josef Geiger, dessen Firma Erfahrungen mit privaten Betreibermodellen hat, stellte die Vorteile am Beispiel des Familien- und Feizeitbades Wonnemar in Sonthofen dar. Ursprünglich habe die Gemeinde mit zwei sanierungsbedürftigen Bädern pro Jahr 1,5 Mio. DM Verlust gemacht. Hätte sie die Bäder saniert, wären 2 Mio. DM Verlust pro Jahr angefallen. Deshalb habe die Gemeinde nach dem Betreibermodell ein neues Bad bauen lassen, für das sie 20 Jahre lang jeweils 1,2 Mio. DM an die Betreiber zahle. Sie spart also pro Jahr 800.000 DM, bzw. 400.000 Euro.

Fazit der Referenten: Private Betreibermodelle sind eine echte Handlungsalternative. Sie nutzen das Potenzial der Privaten, also der Marktwirtschaft, für das öffentliche Wohl. **dho.**

Bauspargeschäft auf hohem Niveau

LBS schloss 210.000 Verträge ab / Kritik an der Wohnungspolitik des Bundes

München Die Bayerische Landesbausparkasse LBS erwirtschaftete im vergangenen Jahr das drittbeste Neugeschäft ihrer Geschichte. Es wurden rund 210.000 Bausparverträge abgeschlossen, das sind 4.000 mehr als im Vorjahr. Im Gegensatz zu diesem positiven Trend steht ein Minus beim Finanzierungsgeschäft, das nach den Worten des Geschäftsleitungs-sprechers Manfred Werner auf die ungünstigen staatlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen ist.

In der Bausparsumme entspricht das erwartete Ergebnis von rund 4,65 Milliarden Euro einem Plus von sechs Prozent. Gleichzeitig werde, so Werner, der Spargeldeingang um über drei Prozent auf 1,35 Milliarden Euro anwachsen. Dieses gute Neugeschäft habe man ohne Sonderimpulse erreicht. Der positive Trend habe vor allem mit der grundsätzlichen Umorientierung der Sparer zu tun, die Bausparen risikoreichen Anlagen vorzögen und die eigenen vier Wände für ihre private Altersvorsorge anpeilten. Um rund fünf Prozent auf etwas über 1,9 Milliarden Euro sinken die Kapitalauszahlungen der LBS Bayern in diesem Jahr. Vor allem das außerkollektive Finanzierungsgeschäft leide unter dem schwachen Neubau. Das Volumen der Vor- und Zwischenfinanzierungskredite liegt zum Jahresende mit rund 300 Millionen Euro um 14 Prozent unter dem Wert von 2001. Die Auszahlung von Bausparguthaben ermäßigt sich um rund drei Prozent auf knapp 945 Millionen Euro. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge (2001: 66 Millionen Euro) wird sich, so Werner, verbessern, weil nicht benötigte Rückstellungen aufgelöst werden. Wegen des niedrigen Zinsniveaus und steigender Zinsaufwendungen fällt der Zinsüberschuss voraussichtlich um 4,6 auf 178,5 Millionen Euro. Der Provisionsüberschuss geht wegen hoher Provisionszahlungen um 1,3 auf 3,5 Millionen Euro zurück.

Erhebliche Potentiale ver-

spricht sich die LBS von einer noch intensiveren Kooperation mit dem Hauptvertriebspartner, den bayerischen Sparkassen. Seit einigen Jahren optimiere man die Prozesse durch intelligente IT-Lösungen und realisiere auf diese Weise beachtliche Produktivitätsfortschritte. „Im Verbund mit den Sparkassen wollen wir die ausgeprägte Sicherheitsorientierung der Anleger auch 2003 offensiv nutzen“, so Werner. Aufgrund des veränderten Sparverhaltens lasse sich das risikoarme Bausparen als idealer Einstieg in den Vermögensaufbau und als Wegbereiter zur Altersvorsorge mit Immobilien positionieren.

Modernisieren und renovieren

Immer wichtiger wird für die LBS nach den weiteren Worten Werners die Zielgruppe der Modernisierer und Renovierer, nachdem man beim Neubau auf absehbare Zeit mit einem relativ niedrigen Niveau rechnen müsse. In Bayern gebe es rund 3,5 Millionen Wohnungen, die älter als 25 Jahre seien. Von den 2,5 Millionen Miet- und Genossenschaftswohnungen seien rund 1,1 Millionen modernisierungsbedürftig. Ohne Modernisierung würden dem bayerischen Wohnungsmarkt mittelfristig 600.000 Wohnungen verloren gehen.

Im Rahmen der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung kritisierte der Sprecher der Geschäftsleitung die geplante Kürzung der Eigenheimzulage,

die zur Folge hätte, dass etwa 40 Prozent der Erwerber von Wohneigentum diese nicht erhalten würden. Laut Prognose der Bauwirtschaft wären über 200.000 Arbeitsplätze in Gefahr. Dem Staat würden allein im kommenden Jahr Einnahmen durch Steuern und Sozialabgaben in Höhe von mehr als fünf Milliarden Euro entgehen. Werner hofft, dass die Bundesregierung die Argumente der Bauwirtschaft und der Landesbausparkasse noch berücksichtigt, „denn die Bürger sind bereit, in ein eigenes Zuhause und damit in ihre Zukunft zu investieren“. **E. Scholl**

Mit Wiederholungen wird gerechnet

Experten referierten vor den Landkreisbürgern über die Hochwasserkatastrophen im Sommer

Landkreis Augsburg / Diedorf. Die Flutkatastrophen im Sommer und deren Auswirkungen veranlassten den 1. Vorsitzenden, Bürgermeister Georg Klaufner, Unterreitungen mit seiner Vorstandschaft, des Gemeindegatskreisverbandes Augsburg, mit Wasser- und Umweltpersonen ein Informationstreffen für Landkreisbürgermeister anzubereiten. Geschäftsführer Günter Würmseher war es, der hochkarätige Referenten gewinnen konnte.

Beeindruckt lauschten im Bürgerhaus von Willishausen (Markt Diedorf) die Landkreisbürgermeister ihrem Kollegen Otto Völk, der mit eindrucksvollen Worten die Katastrophe vom 7. Juni 2002 schilderte. „Innerhalb von einigen Stunden sind wir zu einer bettelarmen Gemeinde geworden!“ sagte Völk. Von den anfänglich zwölf vermissten Personen sind drei in den reißenden Fluten des Hochwassers ertrunken.

Jetzt eine bettelarme Gemeinde

Den Schaden, allein im privaten Bereich, ohne die Kosten der Gemeinde, schätzt der Diedorfer Bürgermeister auf 3,5 Millionen Euro. Weit mehr als 1000 Hilfskräfte waren tagelang im Einsatz. Auch mussten viele betroffene Personen psychologisch betreut werden. „Unterstützen sie uns, denn all die durchzuführenden Maßnahmen können wir nur in Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen schultern“, lautete die Bitte von Otto Völk. Die Wiederaufbauarbeiten und die Schaffung von Rentenflächen kosten uns Millionen. Dem Verhandlungsgeschick von Landrat Dr. Karl Voegel ist es zu verdanken, dass nicht nur die Hochwasserschädigten des Augsthochwassers, sondern

Besondere Bedeutung der Bauleitplanung:

Schutzmaßnahmen

Landkreis Augsburg / Diedorf. Das Thema Hochwasser- und Katastrophenschutz wird uns in den nächsten Jahren immer mehr beschäftigen. Hochwasser hat es schon immer gegeben, doch wiederholen sich die Ereignisse immer öfters, auch im Winter. Verstärkt sei auch mit lokalen Starkregen zu rechnen. So sei es dann nicht verwunderlich, dass aus einem „Lettenbach in Diedorf“ oder andernorts aus kleinen Rinnsalen Sturzflüsse werden, meinten übereinstimmend Baudirektor Hans Joachim Wehrather und Stephan März vom Umweltministerium.

Bauberrat Jochen Braun vom Wasserwirtschaftsamt Donauwörth meinte einleitend zu seinem Schutzmaßnahmen-Katalog, dass es sich in Diedorf um Starkniederschläge mit 60 bis 80, ja sogar bis 100 Liter je Quadratmeter gehandelt habe. Brauns Maßnahmenkatalog bezog sich zunächst auf die Erstellung einer Dokumentation bezüglich überschwemmter Flächen, Abflussbereiche, Wasserstände, betroffene und gefährdeter Bereiche sowie Größe des Einzugsgebietes und wild abfließender Wasser von Hängen. Auf Vorwarnzeiten angesprochen meinte Braun: „Je kleiner das Einzugsgebiet, desto kürzer die Vorwarnzeit!“ Auch gelte es, das Gefahrenpotential zu werten: Menschen, Tiere, Gebäude und Geräte. Bei den weiteren Schutzmaßnahmen komme der Bauleitplanung besondere Bedeutung zu. In den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sind hochwassergefährdete Gebiete zu berücksichtigen.

Wald als Pufferzone

Für Diedorfs Bürgermeister Otto Völk wären Maßnahmen im Wald als Rückhalteraum von großer Bedeutung. Dazu meinte der Hochwasser-Experte vom Wasserwirtschaftsamt abschließend, dass ein ökologisch betriebener Wald das beste Puffer-

und Kostenplanung voraus.

Zu den wasserrechtlichen Vorgaben beim Baurecht, so Stephan März (Umweltministerium) zählen die Verbesserungen der Gewässerstrukturen und die Verhinderung erosionsfördernder Eingriffe. Wichtig ist auch die Überprüfung und Absicherung von Heizungsanlagen und Öltanks.

Hochwasser ist unberechenbar

Werner Schmied vom Bayerischen Gemeindegats widmete sein Referat schwerpunktmäßig den Gewässern 3. Ordnung. Auch hier kommt es zu unberechenbaren Hochwassern.

Handlungsempfehlungen

Für diese Gewässerkategorie wurde vom Gemeindegats ein Arbeitskreis eingerichtet dem auch Bürgermeister Otto Völk aus Diedorf angehört. Dieser Arbeitskreis wird Handlungsempfehlungen zum Hochwasserschutz erarbeiten. Dem Referenten zufolge müssen die Unwettermeldungen und die Meldepläne der Gemeinden erstellt oder aktualisiert werden. Auch müssen die Unterstützungsregeln und Pflegepläne für die Gewässer 3. Ordnung neu aufgelegt werden.

Landrat Dr. Karl Voegel sieht den Hochwasserschutz in seinem Landkreis als eine Daueraufgabe. Gleichzeitig forderte er eine hundertprozentige Förderung, weil es hier um „horrende Summen“ geht.

Ausuferungsflächen anlegen

An erster Stelle der Forderung steht die Schaffung von ausrei-

Das Main- und Regnitztal als Flussparadies

Machbarkeitsstudie zur touristischen Nutzung

Auf Initiative der Regierung von Oberfranken trafen sich Landräte und Bürgermeister aus den Landkreisen Bamberg, Lichtenfels und Forchheim zur Vorstellung einer Machbarkeitsstudie über die Möglichkeiten einer nachhaltigen touristischen Nutzung des Main- und Regnitztales. Eine dahin gehende Untersuchung hatte das Wasserwirtschaftsamt Bamberg, das die Ergebnisse vorstellte, mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen im Frühjahr 2002 in Auftrag gegeben.

Mit dem Vorhaben würde nicht nur die Region Oberfranken für den Fremdenverkehr und die Naherholung aufgewertet, sondern es könnten auch die ökologischen und wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen verbessert sowie Nutzungskonflikte - vor allem an den Baggerseen- entschärft werden.

Regionale Besonderheiten

Anlässlich der Vorstellung der Studie wurden zunächst die Besonderheiten der Region hervorgehoben: Die bereits vorhandenen rund 2000 ha Wasserflächen sowie ein Kulturreichtum, der weit über die Grenzen der Region hinaus bekannt ist. Hinzu kommt eine hervorragend zum Rad fahren geeignete Topografie und landesweit einmalige „Schmankerl“ wie der Flusslauf des Mains, der zwischen Staffelstein und Bischofsberg auf 30 km Länge ohne Staustufen verläuft und sich damit für Kanutouren sehr gut eignet. Auch die bereits angelaufenen Renaturierungsmaßnahmen am Main üben bereits heute eine große Anziehungskraft auf Erholungssuchende aus.

Übergreifende Kooperation

Die nun vorliegenden Vorschläge zur Umsetzung der Studie sollen den betroffenen Städten und Gemeinden im Main- und Regnitztal als Diskussions- und Reklamationsgrundlage



Zum Schluss der Bürgermeisterversammlung in Diedorf (Landkreis Augsburg) gab es noch ein Erinnerungsfoto. Von links: Diedorfs Bürgermeister Otto Völk, Werner Schmied vom Bayerischen Gemeindegats, Bauberrat Jochen Braun (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth), Bürgermeister Georg Klaufner, Unterreitungen (Vorsitzender des Gemeindegats Kreisverbandes Augsburg), Hans Joachim Wehrather und Stephan März (beide vom Umweltministerium) sowie Günter Würmseher, Geschäftsführer des Gemeindegatskreisverbandes.

chenden Ausuferungsflächen, damit sich das Wasser ausbreiten kann. Starke Niederschläge ließen auch in den vergangenen Jahren im Kreisgebiet die Schmutter, Singold und Zsum öfters über die Ufer treten. Die Liste der Hochwasser, die Jochen Braun (Wasserwirtschaftsamt Donauwörth) zusammengestellt hatte, war erstaunlich.

Heftige Niederschläge lassen oft in kurzer Zeit kleine Bächlein zu reißenden Gewässern werden, wie der Lettenbach in Diedorf. Zum Zwecke frühzeitiger Warnungen werden derzeit für den Lech Überschwemmungsgebiete errechnet. 2003 ist die Zsum an der Reihe und bis 2006 folgt die Schmutter. Wenn dann auch noch der Forggensee so nach-

gerüstet sein wird „dass er eine Hochwasserwelle auffangen kann, wären wir auch die Sorge

mit dem „Lechhochwasser“ los, meinte Oberbaurat Jochen Braun.

Trinkwasser:

Qualität hat Vorrang

Das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft hat sich dafür ausgesprochen, den Schutz des Trinkwassers zu verstärken und dabei auch die Wasserschutzgebiete zu erweitern. Präsident Albert Göttle: „Wirksame und richtig bemessene Schutzgebiete sind ein bewährtes Instrument und die entscheidende Vorsorge für sauberes Trinkwasser.“ Er widersprach damit dem Präsidenten des bayerischen Bauernverbandes, der Erweiterungen als nicht notwendig kritisiert hatte. „Wir haben günstige Tendenzen bei der Trinkwasserqualität, aber können noch nicht überall in Bayern Entwarnung geben“, so Göttle.

Göttle forderte die Kommunen, Wasserversorger und Landwirte zu einer intensiven Zusammenarbeit auf. „Die einwandfreie Qualität unseres Lebensmittels Nummer Eins muss Vorrang haben. Wer diese Aufgabe herunterspielt, handelt unverantwortlich.“

In Bayern sind rund 3500 Wasserschutzgebiete auf einer Landesfläche von 3,5 Prozent ausgewiesen. Sie schützen das Grundwasser im Einzugsbereich der Wassergewinnungen, denn in Bayern wird über 93 Prozent des Trinkwassers aus dem Grundwasser gewonnen. Über 10.000 Quellen und Brunnen werden so vor Schadstoffeinträgen geschützt. Belastungen mit Pflanzenschutzmitteln und Nitraten bereiten aber auch weiterhin Probleme: In jeder 30. bayerischen Wasserversorgung können die gesetzlichen Anforderungen bei den Pflanzenschutzmitteln nicht eingehalten werden. Erhöhte Belastungen treten vor allem in den wasserarmen Regionen Nordbayerns und bei ungünstigen Bodenbeschaffenheiten auf. In Unterfranken werden die Nitratgrenzwerte sogar bei jeder siebten Gewinnungsanlage überschritten. Göttle forderte dazu auf, die Vielzahl neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Daten zu

berücksichtigen, wenn Wasserschutzgebiete überprüft und neu festgesetzt werden. „In vielen Fällen sind Erweiterungen notwendig, wenn das Trinkwasser langfristig und konsequent geschützt werden soll.“

Zusätzlich sollen auch außerhalb der Wasserschutzgebiete empfindliche Bereiche der Grundwassereinzugsgebiete künftig als Vorranggebiete für die Trinkwasserversorgung ausgewiesen und gesichert werden. Dies wurde im neuen Landesentwicklungsprogramm Bayern festgeschrieben. **KI**

Neue Trinkwasserverordnung:

Anzeigepflichtige Regenwassernutzungsanlagen

Am 1. Januar 2003 trat bundesweit eine neue Trinkwasserverordnung in Kraft. Sie bringt neben verstärkten Qualitäts- und Kontrollanforderungen für Wasserversorger und Behörden auch Neuerungen, die die Haushalte unmittelbar betreffen. Aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes schreibt die neue Verordnung vor, dass in allen Haushalten künftig auch für das Waschen von Wäsche Wasser in Trinkwasserqualität zur Verfügung stehen muss. Bedeutsam wird dies vor allem für Inhaber von Regenwassernutzungsanlagen. Damit sichergestellt werden kann, dass bei solchen Anlagen keine Gesundheitsrisiken für die Nutzer auftreten, muss künftig jede Regenwassernutzungsanlage der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde (Landratsamt oder kreisfreie Stadt) angezeigt werden. Dies gilt auch für Anlagen, die bereits betrieben werden. Die Anzeigepflicht gilt auch für wesentliche Änderungen und Stilllegungen. Die Kreisverwaltungsbehörde kann verlangen, dass Pläne der Anlage vorgelegt werden. Eine bestimmte Form ist für die Anzeige nicht vorgeschrieben. Die Kreisverwaltungsbehörden verfügen jedoch über Musterformblätter, die auf Anfrage erhältlich sind. Bei Fragen sollten sich Betreiber von Regenwassernutzungsanlagen an ihr Landratsamt oder ihre Stadt wenden. **KL**

Regenwasser statt Trinkwasser

Ein Mensch in Deutschland verbraucht zur Zeit täglich 125 Liter Wasser. Dabei handelt es sich um Trinkwasser, das in komplizierten chemischen Verfahren und teuer im Schnitt achtmal aufbereitet wurde, um wieder trinkbar zu sein.

Zum Überleben brauchen wir nur drei Liter Wasser pro Tag. Der Rest läuft durch die Toilettenspülung, durch die Waschmaschine oder wird zum Auto- oder Händewaschen oder zum Duschen benutzt. Ein Großteil unseres Trinkwasserverbrauchs könnte durch Regenwasser ersetzt werden.

Die Verbraucherzentrale Hessen (VZH) hat soeben den Ratgeber „Regenwasser für Haus und Garten“ herausgegeben. Er enthält Tipps für Regenwasseranlagen und informiert über Kosten, Bau und Genehmigungsverfahren.

Der Ratgeber kann für 7,11 Euro bestellt werden bei: VZH - www.verbraucher.de, Große Friedberger Straße 13-17, 60313 Frankfurt/Main, Telefon: 069/972010-30. **KL**

NürnbergMesse:

Robuste Konzepte sorgen für erfolgreiches Messejahr 2002

Trotz Wirtschaftskrise und Konsumflaute blickt der Konzern NürnbergMesse auf ein ausgesprochen erfolgreiches Messejahr 2002 zurück. „Unter dem Strich erwarten wir einen Umsatzsprung auf 94,5 Mio. Euro. Das entspricht einem Umsatzwachstum von elf Prozent gegenüber 2001 und liegt erneut leicht über Plan“, führte Bernd A. Diederichs, Geschäftsführer der NürnbergMesse, bei einer Pressekonferenz in der Norisstadt aus. Aufgrund der unverändert hohen Investitionen - allein 50 Mio. Euro für Ausbau und Serviceverbesserungen des Messegeländes sowie den Kauf neuer Veranstaltungen - wird die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem geplanten Verlust von 1,8 Mio. Euro abschließen.

Im Konzern NürnbergMesse blieb die Zahl der Aussteller im Jahr 2002 gegenüber dem besser vergleichbaren Messejahr 2000 mit 21.500 (2000: 21.723) stabil. „Diese Stabilität haben wir einem erneut überproportionalen Wachstum unseres internationalen Ausstellervolumens sowie der unter schwierigen Rahmenbedingungen absolut zufriedenstellenden Entwicklung unserer Auslandstochter Nürnberg Global Fairs zu verdanken“, betonte Diederichs.

Neue Bestmarke

Während die Zahl der deutschen Aussteller am Messeplatz Nürnberg auf 13.400 zurückging (2000: 15.241), kletterte die Zahl internationaler Aussteller auf rund 7.000 (2000: 6.482). Damit hat die ausstellerbezogene Internationalität am Messeplatz Nürnberg mit 34 Prozent eine neue Bestmarke erreicht. Im Konzern addieren sich zu diesen Zahlen über 1.000 Aussteller, die

Duales System stellt klar:

Grüner Punkt wird nicht teurer

Der Grüne Punkt wird trotz der Einführung des Zwangspfandes nicht teurer, sondern mittelfristig preiswerter. Entgegen missverständlicher Wiedergaben in der Tagespresse wies das Duale System heute darauf hin, dass sich die Preise für den Grünen Punkt nicht erhöhen werden. „Wir haben für das Zwangspfand ausreichende Rückstellungen für das laufende Jahr gebildet, die nun planmäßig aufgebraucht werden.“ sagte der Vorstandsvorsitzende des Dualen Systems, Hans-Peter Repnik. „Die Lizenzentgelte für das Jahr 2003 stehen fest und werden definitiv nicht erhöht.“ Für das kommende Jahr werde die anstehende Neuausschreibung der Leistungsverträge mit der Leistungswirtschaft zudem für eine weitere Preissenkung sorgen, zumal das Zwangspfand dann schon berücksichtigt werde. ☞

in diesem Jahr weltweit von Nürnberg Global Fairs betreut wurden.

Ausländische Fachbesucher

Im Jahr 2002 fanden turnusbedingt einige große Fachmessen (FachPack, HealthCare, Dach und Wand) und Kongresse mit begleitender Ausstellung (Deutscher Jugendhilfetag, SenNova) statt. Die verkaufte Standfläche sank deshalb auf 700.000 m² (2000: 821.344 m²). Die Gesamtbesucherzahl ging auf 1,27 Mio. (2000: 1,34 Mio.) zurück. Deutlich gestiegen ist die Zahl der internationalen Fachbesucher: auf über 120.000 (2000: 98.000). Damit kommt fast jeder fünfte Fachbesucher aus dem Ausland. „Besonders satte Zuwächse verzeichnen wir dabei aus Mittel- und Osteuropa“, erklärte Walter Hufnagel, Bereichsleiter Eigen- und Partnerveranstaltungen und Mitglied der Geschäftsleitung der NürnbergMesse.

Gestiegene Umschlagzahl

Im Messejahr 2002 fanden im Messezentrum Nürnberg 111 (2000: 131) Veranstaltungen statt, darunter 26 (2000: 26) nationale und internationale Fachmessen und Fachausstellungen sowie 34 (2000: 42) Kongresse, zum Teil mit begleitender Fachausstellung. Die Umschlagzahl des Messegeländes, ein wichtiger Faktor für den Auslastungsgrad, stieg auf 15 (2000: 13). Derzeit stehen im Messezentrum Nürnberg 150.000 m² Ausstellungsfläche in Hallen und Ausstellungs-Foyers zur Verfügung.

Erhöhte Mitarbeiterzahl

Im Konzern NürnbergMesse waren im Jahr 2002 durchschnittlich 203 Personen beschäftigt, darunter 18 Auszubildende. Damit hat sich die Mitarbeiterzahl in den vergangenen fünf Jahren um 80 Prozent erhöht. Die Zahl der Azubis hat sich im gleichen Zeitraum sogar verdoppelt. In den kommenden

Jahren rechnet Diederichs mit einem weiteren, allerdings gemäßigteren Wachstum.

Erst 1999 als hundertprozentige Tochter der NürnbergMesse für das Auslandsmessegeschäft gegründet, verzeichnet Nürnberg Global Fairs ein gutes Wachstum im zweistelligen Prozentbereich bei den messefachlichen Kenngrößen wie Fläche oder Ausstellervolumen. Allein 2002 nahmen an Fachmessen von Mexiko bis Kapstadt, von Istanbul über Orlando bis Shanghai über 1.000 ausstellende Unternehmen teil. Die Zahl der Projekte ist zwischenzeitlich auf über 20 geklettert. Für das kommende Jahr sind rund 30 ins Auge gefasst - bei erwarteten Umsätzen von 3,5

Mio. Euro (2002: knapp 3 Mio. Euro).

Optimistisch für 2003

Optimistisch sieht Diederichs auch der Entwicklung der NürnbergMesse im Jahr 2003 entgegen. Erstmals soll der Konzernumsatz 100 Mio. EURO überschreiten (2002: 94,5 Mio. Euro). Neben den erfolgreichen, etablierten Messekonzepten leisten immer mehr junge Fachmessen einen Beitrag zum weiteren Wachstum der Gesellschaft. „Allein in Nürnberg werden wir im kommenden Jahr mit embedded world, SIMPAT und LogIntern drei neue Eigenveranstaltungen an den Start bringen“, so Diederichs. Hinzu kommt die Bildungsmesse, Europas größte Fachmesse für lebenslanges Lernen. Und auch Nürnberg Global Fairs plant mit der Water Middle East eine neue Fachmesse in Bahrain. **DK**

31 bedeutende Fachmessen stehen für 2003 im Veranstaltungskalender der NürnbergMesse, darunter 20 Eigen- und Partnerveranstaltungen sowie elf Gastveranstaltungen. Zwei Drittel der Veranstaltungen werden im Messezentrum Nürnberg stattfinden, eine am Messeplatz Hannover und sieben werden von Nürnberg Global Fairs weltweit durchgeführt - von St. Petersburg über Peking und Guangzhou bis Bahrain.

Gut ein Drittel des Konzernumsatzes stammt heute aus Messekonzepten, die jünger als zehn Jahre sind. Dieser Anteil soll in den kommenden Jahren konsequent ausgebaut werden. Mit der embedded world (intelligente elektronische Bauteile) und der SIMPAT (Simulation und Visualisierung) platziert die NürnbergMesse nach der e_procure (internetgestützte Beschaffung) zwei weitere hochspezialisierte Fachmessen im IT-Sektor. Hinzu kommt die LogIntern (innerbetriebliche Logistik), die künftig im Verbund mit der FachPack (Verpackungstechnologie) und der PrintPack (Verpackungsdruck) stattfinden wird. „Damit haben wir einen Fuß im milliardenschweren Logistikmarkt“, bemerkte Hufnagel.

Ausbau des Messegeländes

Im Jahr 2003 plant die NürnbergMesse Investitionen in den Ausbau und die Infrastruktur des Messegeländes in Höhe von rund 50 Mio. Euro. Im Zentrum der Ausbaumaßnahmen, für die knapp zwei Drittel der geplanten Investitionen veranschlagt sind, steht dabei der Rohbau für das CCN Ost. Weitere rund 5 Mio. Euro fließen in Servicemaßnahmen, je 9 Mio. Euro in Unterhaltsmaßnahmen und so genannte laufende Investitionen, die über mehrere Jahre verteilt sind.

Osteuropa-Kompetenz

Im Jahr 2004 wächst die Europäische Union (EU) auf 25 Mitgliedsländer. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern kommen mit insgesamt rund 75 Mio. Bürgern hinzu. „Der Messeplatz Nürnberg hat in den vergangenen Jahren eine echte Osteuropa- und Osteuropa-Kompetenz aufgebaut und rückt nun durch die Osterweiterung der EU weiter ins Zentrum. Davon werden unsere Fachmessen nachhaltig profitieren“, zeigte sich Diederichs überzeugt. Bereits heute kommen über zwölf Prozent der internationalen Aussteller und über 30 Prozent der internationalen Fachbesucher aus Mittel- und Osteuropa. **DK**



Gemeinsam mit N-ERGIE-Vorstandsmitglied Werner Juling und dem Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit, Lebensmittelsicherheit (LGL), Professor Volker Hingst und Dr. Dr. Harald Mückter gab Bayerns Verbraucherschutz- und Gesundheitsminister Eberhard Sinner (v.r.) Ende des vergangenen Jahres im Wasserwerk Erlenstegen bei Nürnberg den symbolischen „Startschuss“ zum Forschungsprojekt „Antibiotika im Trinkwasser“.

Trinkwasserbelastung durch Antibiotika?

Neues bayerisches Forschungsprojekt

„Muss im Trinkwasser mit Antibiotikarückständen gerechnet werden?“ Dieser Frage geht erstmals in Deutschland ein im Rahmen der Gesundheitsinitiative „Bayern aktiv“ gefördertes Forschungsprojekt der Ludwigs-Maximilians-Universität (LMU) München nach, das Gesundheitsminister Eberhard Sinner und der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), Professor Volker Hingst, in Nürnberg der Öffentlichkeit vorstellten.

„Wasser ist unser kostbarstes Lebensmittel. Deshalb ist es besonders wichtig, mögliche Gefährdungen frühzeitig zu erkennen“, betonte Sinner. „Zehntausende Tonnen Antibiotika werden jedes Jahr in der EU verschrieben. Es ist bekannt, dass Rückstände davon im Oberflächenwasser zu finden sind. Wir wollen nunmehr mit der Studie gezielt der Frage nachgehen, ob sich diese Rückstände auch in unserem Trinkwasser niederschlagen.“

Über das Abwasser in die Gewässer

Jedes Jahr werden europaweit rund 30.000 Tonnen Antibiotika verschrieben. Davon rund 65 Prozent an Menschen, der Rest an Tiere. Der Antibiotikaeinsatz allein in Krankenhäusern hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Ein bundesweites Forschungsprojekt hat unter anderem in Flüssen und Seen nicht unerhebliche Mengen Antibiotika nachgewiesen. Offensichtlich gelangen diese über das Abwasser in die Gewässer.

In einem Forschungsvorhaben unter Leitung von Dr. Dr.

Harald Mückter von der LMU München soll jetzt geklärt werden, ob sich solche Rückstände auch im Trinkwasser nachweisen lassen. „Wäre das so, müssten wir handeln“, betonte der Präsident des LGL, Professor Volker Hingst. „Antibiotika sind ein scharfes Schwert gegen Infektionskrankheiten. Diese Waffe wird aber schnell stumpf, wenn sie zu oft und ungezielt eingesetzt wird. Bei ständiger unkontrollierter Aufnahme von Antibiotika werden viele Krankheitserreger resistent gegen diese Arzneimittel.“

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Bei dem Forschungsprojekt arbeiten die LMU und das LGL zusammen. Dabei werden Trinkwasserproben aus ganz Bayern untersucht, wobei ein Schwerpunkt auf Gebieten in der Nähe von Krankenhäusern oder Pharmaunternehmen liegt.

Erste Ergebnisse des Forschungsvorhabens werden voraussichtlich im kommenden Februar verfügbar sein. Der endgültige Bericht soll Mitte 2003 vorliegen. ☞

Schwierigkeiten bei vielen Kommunen:

Erdbestattungen verursachen Zersetzungsprobleme

Von Sabine Fiedler¹⁾ und Matthias Graw²⁾

Böden können verschiedene Funktionen übernehmen. Sie dienen unter anderem zur Produktion von Nahrungsmitteln, zur Neubildung von Grundwasser oder als Siedlungsfläche. Über die Eignung der Böden bestimmte Funktionen zu erfüllen, entscheiden ihre Eigenschaften, welche die Böden von dem Material erben, aus dem sie entstanden sind.

Über die Eignung eines Standortes zur Erdbestattung entscheiden beispielsweise neben planerischen Aspekten (z.B. gute Erreichbarkeit) und arbeitstechnischen Kriterien (ausreichende Mächtigkeit, Standfestigkeit), in erster Linie jene Bodeneigenschaften, die

☞ eine schnelle und vollständige Zersetzung/Abbau gewährleisten,
☞ den Austrag gasförmiger und flüssiger Verwesungs- / Fäulnisprodukte und von Krankheitserregern in die Atmosphäre bzw. in das Grundwasser verhindern sowie
☞ Grund- und Stauwassereinfluss bis zu einer Tiefe von 250 cm ausschließen.

NETZSCH TORNADO® Mobil:

Ein innovatives Pumpaggregat für Katastropheneinsatzfälle

Die Firma NETZSCH Mohnopumpen GmbH hat zur IFAT 2002, die neue Pumpenbaureihe NETZSCH TORNADO® Drehkolbenpumpen dem Markt vorgestellt. Im August kam ein fahrbares Aggregat dazu.

Die Primärenergie wird mit einem Dieselmotor bereitgestellt und die Pumpleistung des Aggregates reicht bis zu 400 m³/h. Nicht nur Wasser, sondern auch Schlamm mit Steinen und sonstigen Feststoffen kann problemlos gefördert werden. Dieses Aggregat ist somit prädestiniert für Notfälle und Katastropheneinsatzfälle wie die Hochwasserflut an der Mulde und der Elbe.

12 Meter unter Wasser

Im Wasserwerk Hosterwitz der Dresdner Wasserwerke wurden in einem einwöchigen Einsatz mit dem NETZSCH TORNADO® Mobil die überfluteten Maschinenhäuser und Kiesfilterbecken von den Spuren des Jahrhunderthochwassers an der Elbe befreit. Zu Beginn des Einsatzes standen die Maschinenhäuser bis zu 12 Meter unter Wasser. Im Laufe der Woche wurden circa 20.000 m³ in die Elbe zurückgepumpt um die Maschinenhäuser und die Kiesfilterbecken zur Reparatur zugänglich zu machen. Mit diesem Einsatz leistete das NETZSCH TORNADO® Mobil den Dresdner Wasserwerken wertvolle Hilfe um die Versorgung der Stadt Dresden mit sauberem Trinkwasser wieder auf den Weg zu bringen.

Die Vorteile

Folgende Vorteile bietet das NETZSCH TORNADO® Mobil:

☞ Kompaktes leistungsfähiges Pumpaggregat
☞ Leichter Transport mit jedem Mittelklasse-Pkw direkt an den Einsatzort
☞ Schnelle Inbetriebnahme durch Ankuppeln der Saug- und Druckschläuche
☞ Förderleistung bis zu 400 Kubikmeter in der Stunde
☞ Antriebsleistung 60 kW
☞ Verbrauch circa 4,5 Liter Diesel pro Stunde
☞ Selbstansaugend bis 8 Meter Wassersäule

Partikelgröße entscheidet über Porensystem

Die genannten Eigenschaften sind vor allem an den Luft- und Wasserhaushalt der Böden gekoppelt, welche wiederum stark von der Korngrössenzusammensetzung beeinflusst werden.

Wir bitten um Ihre Mithilfe!

Wir bitten Sie, liebe Leserinnen und Leser um freundliche Beachtung unserer Eigenbeilage. Die Bayerische Gemeindezeitung möchte das Thema „Zersetzungsprobleme auf Friedhöfen“ sorgfältig recherchieren. Dafür benötigen wir Ihre Mithilfe. Für die Rücksendung unserer beigefügten Fragebögen, die Prof. Dr. Matthias Graw entwickelt hat, wären wir sehr dankbar.

Bei hohen Tongehalten sind die Böden, die bevorzugt aus Tonstein und eiszeitlichen Geschiebemergeln entstehen, eher feinkörnig, während hohe Sandgehalte zu grobkörnigen Böden führen. Die vorherrschende Partikelgröße (Sand, Schluff, Ton) der Böden entscheidet über dessen Porensystem: Hohe Tongehalte bedingen aufgrund ihrer abnehmenden durchschnittlichen Teilchengröße eine Abnahme der Grösse der Hohlräume zwischen den Bodenpartikeln. Kleine Poren sind für den Lufthaushalt ungünstig, da in ihnen bevorzugt Wasser

‚haftet‘. Aufgrund dessen ist sowohl die Wasserdurchlässigkeit als auch der Luftaustausch in tonreichen Böden gegenüber sandreichen Böden eingeschränkt. Dies erklärt auch, warum in Tonböden häufiger Zersetzungsprobleme auftreten als in Sandböden.

Widersprüchliche Untersuchungsergebnisse

Konkrete Ursachen der gehemmten Zersetzung zu benennen, fällt jedoch schwer, da es hierzu nur sehr wenige und zum Teil sehr widersprüchliche wissenschaftlichen Untersuchungen gibt.

Kommunen geraten unter Druck

Häufig werden in diesem Zusammenhang jedoch Wasserüberschuss, Luftarmut und ein eingeschränkter Gasaustausch als Ursache für die gehemmte Zersetzung genannt. Unter Sauerstoffmangel bzw. -ausschluss wird allmählich der Verwesungsprozess zugunsten von Fäulnisprozessen eingeschränkt. Im Unterschied zu Verwesungsprozessen, bei denen die Körpersubstanz bis auf wenige Knochen vollständig abgebaut wird, ist der Abbau bei Fäulnisprozessen nur unvollständig. Unter den genannten Bedingungen kann die Anreicherung bestimmter Stoffe zur Bildung der sogenannten Fettwachsleichen (= Leichenlipid) führen. Dies schließt i.d.R. eine fristgerechte Wiederbelegung der Gräber aus, was die Kommunen zunehmend unter Druck geraten lässt.

Flächenknappheit

Während noch vor 50 Jahren von einer Verlängerung der Ruhefristen bzw. von einer Friedhofserweiterung beim Auffinden von Leichenlipid Gebrauch gemacht wurde, ist dies heute kaum noch möglich. Der gene-

Franz Maget fordert wirkungsvolles Flussgebietsmanagement:

Fünf-Punkte-Programm zum Hochwasserschutz

„Wenn in Bayern so genannte Jahrhunderthochwasser im Abstand von drei Jahren auftreten und immer mehr Menschen davon in Mitleidenschaft gezogen werden“, zeigt dies nach Meinung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, dass die Reizepte der Vergangenheit nicht mehr ausreichen. **Benötigt werde ein grundsätzliches Umdenken: „Wir müssen ein neues Risikobewusstsein entwickeln und verhindern, dass es überhaupt zu diesen gewaltigen Elementarereignissen kommt.“**

Maget zufolge muss jetzt alles unternommen werden, um den Klimawandel abzumildern. Dazu gehöre an erster Stelle eine Verminderung der Treibhausgasemissionen. Ebenso aber werde man lernen müssen, mit den Folgen des Klimawandels zu leben, betonte der SPD-Politiker. Hierzu zähle an erster Stelle das häufige Auftreten von Hochwasser. Die richtige Antwort darauf sei ein wirkungsvolles Flussgebietsmanagement für Bayern, das auf vorbeugenden Hochwasserschutz und auf den Erhalt der Ökosysteme setze.

Zu hat der SPD-Fraktionsvorsitzende ein 5 Punkte-Programm vorgelegt:

1. Die Flüsse in Bayern brauchen mehr Raum. Den Flüssen und Bächen müssen ihre natürlichen Überschwemmungsflächen zurückgegeben werden. Dazu müssen Deiche zurückverlegt und die landwirtschaftliche Nutzung angepasst werden. Von Projekten wie dem Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen mit neuen Staustufen muss man sich endgültig verabschieden.

2. Das Hochwasser muss dezentral zurückgehalten werden. Dies beginnt bereits in Einzugsbereich der Quellen und

zunehmenden Flächenknappheit ist es zu verdanken, dass dieses seit langem bekannte Problem wieder thematisiert wird.

Folgeschwere Eingriffe

Neben natürlich gegebenen Bodeneigenschaften, die den Luft- und Wasseraustausch einschränken, unterliegen Friedhofsböden zahlreichen menschlichen Eingriffen, die den Wasser- und Lufthaushalt nachhaltig verändern können. Durch das tiefgreifende Umgraben wird die natürliche Wasserführung des Bodens unterbrochen. Gegenüber dem angrenzenden Boden zeichnet sich das wiederverfüllte Grab durch eine lockere Lagerung aus, wodurch es zur regelrechten Wasserfalle wird („Badewannen-Effekt“). Umlagerungen, Gefügezerstörung und anschließende Bodenverdichtung lässt häufig eine Bearbeitung der Sohle entstehen, die als Diffusionshindernis der Bodenluft bzw. als Wasserstauer fungiert. Zusätzlich können Giebakktivitäten der Friedhofsbesucher (bis zu 800 l Trinkwasser pro Grab u. Jahr) einen Wasserstau begünstigen. Von einer Abdeckung der Gräber mit kompakten Steinplatten, was zu drastisch reduzierten Luft- und Wasseraustausch führt, ist abzuraten. Allenfalls sollten fugenreiche, durchlässige Abdeckungen bzw. Teilabdeckungen verwendet werden. Ein generelles Verbot von Grababdeckungen sollte für tonreiche Böden aus den o.g. Gründen ausgesprochen werden.

Spezifische Merkmale

Leichenlipid wurde jedoch, wenn auch nur vereinzelt, auch in trockenen und nicht sauerstoffverarmten Böden gefunden. Dies deutet darauf hin, dass neben den natürlichen Bodeneigenschaften weitere Faktoren die Leichenlipid-Bildung steuern. Als bekannt gilt, dass lei-

chenspezifische Merkmale (z.B. Alter, Geschlecht, Gewicht, Todesursache), Beisetzungsart und -zeitpunkt und Belegungshäufigkeit die Zersetzung beeinflussen können.

Nachlassende Bodenqualität

Werden Gräber sehr häufig benutzt, sprechen erfahrene Friedhofsfahrer häufig von einem Nachlassen der Bodenqualität, die zu einer Nutzungseinschränkung infolge von Leichenlipid führt. So wird häufig berichtet: „... da das Erdreich auf dem Kirchhof infolge jahrhundertelanger Übersättigung fett und steril war, kamen beim Grabaushub regelmäßig Knochen und halb verwesene Leichenteile ans Tageslicht...“.

Konfliktpotenzial

Im Gelände können die beschriebenen Einflussgrößen sowie mögliche Begleitparameter in der Regel ohne aufwendige Analytik an einer Grabenwand oder in einem Bohrstock bestimmt werden. Neben einem hydrogeologischen Gutachten sollte daher immer eine genaue Überprüfung der Bodeneigenschaften vor Ort erfolgen. Eine solche vergleichsweise geringe Investition ist um so lohnender, als eine Fehlscheidung im Hinblick auf die Ausweisung ungeeigneter Flächen nur schwer zu korrigieren ist, in der Regel hohe Sanierungskosten nach sich zieht und erhebliches Konfliktpotenzial birgt.

Unsere Autoren:

¹⁾ Dr. sc. agr. Sabine Fiedler ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Bodenkunde und Standortlehre, Universität Hohenheim, E.-Wolff-Str. 27, 70599 Stuttgart

²⁾ Prof. Dr. med. Matthias Graw lehrt am Institut für Rechtsmedizin, LMU München, Frauenlobstr. 7a, 80337 München.

5. Die besonderen Risiken durch Hochwasser müssen durch eine Pflicht-Elementar-schadensversicherung abgedeckt werden, wie sie parlamentarisch bereits im Jahre 1978 von der SPD gefordert wurden. **DK**

Wohin mit dem Klärschlamm?

(fpo) - Ein großes Problem bei den Kommunen ist die Verwertung des anfallenden Klärschlammes. Dies betont der Maschinen- und Betriebshilfsring Höchststadt-Forchheim e. V.

Der Maschinenring bietet als mögliche Alternative zur thermischen Verwertung oder zur Ausbringung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen die Klärschlammverwertung nach dem Sonnenwasserprinzip an. Hierzu wird der anfallende Schlamm in Naturbeeten abfiltriert und durch intensiven Schilfwuchs vererdet und mineralisiert.

Neben einer guten Stabilisierung und einer enormen Volumenreduktion entsteht ein humusähnliches Endprodukt (Substrat), das laut Bodenschutzverordnung im Landschaftsbau und für Rekultivierungsmaßnahmen problemlos außerhalb der Nahrungskette eingesetzt werden kann. Diese naturnahe Technologie kann für Kläranlagen bis circa 20 000 Einwohnergleichwerten eine zukunftsträchtige, sinnvolle und kostengünstige Alternative zur Verbrennung von Klärschlamm darstellen. ☞

SCHMIDT Winterdienst- und Kommunaltechnik:

Geräte zum UNIMOG U 500

Speziell zum UNIMOG U 500 wird die Schneefräse VF 26 Z gebaut. Diese einstufige Schneeräummaschine ist für höchste Räumleistung entwickelt. Sie ist geeignet für alle Schneearten, zu Frontal- und Randwallräumung. Der robuste Zapfwellenantrieb überträgt eine hohe Leistung. Die robuste Zapfwellenantriebsübertragung überträgt eine hohe Leistung. Die robuste Zapfwellenantriebsübertragung überträgt eine hohe Leistung. Die robuste Zapfwellenantriebsübertragung überträgt eine hohe Leistung.

Silo-Streueautomat zum UNIMOG U 500

Dieser Streueautomat entstammt der erfolgreichen STRATOS-Baureihe. Der Streuer wird auf die Kugelpunkte des UNIMOG aufgebaut und durch ein integriertes Rahmensystem ist eine niedrige Schwerpunktlage gegeben. 4 m³ Feststoff und 1760 Liter

Sole, abgestimmt auf FS 30, kann der U 500 mitführen, das ist die optimale Auslastung des Fahrzeuges. Eine gleichmäßige

Behälterentleerung ist mit einer neuen Förderschnecke aus Edelstahl gesichert. Als UNIMOG-Gerätepartner hat SWK die Freigabe für dieses Gerät bekommen.

Nur soviel Schneepflug wie nötig!

Eine neue Schneepflug-Baureihe zur wirtschaftlichen Anpassung an die örtlichen Schneeverhältnisse lässt den richtigen Schneepflug für niedrige bis obere Höhenlagen auswählen.

Im flachen Land wird meistens Schneematsch geräumt, dort ist der Leicht-Schneepflug SNK ein günstiger Schneepflug.

Der neue CIRRON Federlenker-Schneepflug ist für die anspruchsvolle Schneeräumung bis in die mittleren Höhenlagen ein sehr robuster und besonders ruhig laufender Schneepflug.

Modernste Bauelemente

In oberen Höhenlagen ist der TARRON ein äußerst robuster, stabiler Schneepflug, der mit modernsten Bauelementen aus PU ein sehr leise laufender Schneepflug ist. Seine verwindungssteifen Lenker, die sehr stabile Pflugschar und der Pflugerahmen in einer Leiterbaukonstruktion machen den TARRON zu einem universellen Schneepflug für alle Räumaufgaben. \llcorner



Dem „VF-Z“ speziell für den Unimog 500 wurde von Schmidt Winterdienst für höchste Räumleistung konzipiert. Der Spezialanbieter aus St. Blasien hält für jeden Bedarf das passende Gerät bereit. Werkfoto: Schmidt

lich steigern, zumal sie in der flächendeckenden Versorgung gewerblicher Anlaufstellen, insbesondere bei bundesweiten Rücknahmesystemen von Transportverpackungen, eine starke Position einnehme.

Novellierung vorantreiben

Kook zufolge muss die Novellierungsdiskussion zusammen mit der Politik vorangetrieben werden. Für Transportverpackungen gebe es leider keine Nachweis- und Lizenzierungspflicht. Das Feld für unseriöses Handeln sei weit. Wenn hier keine Schärfe seitens des Gesetzgebers eingebracht werde, dürfe man sich nicht wundern, wenn Spielfelder für wettbewerbliche und kartellrechtliche Fragestellungen auftreten.

Glasrecycling

Helmut Notemann, Geschäftsführer der GGA, Gesellschaft für Glasrecycling und Abfallvermeidung, betonte, dass in Deutschland derzeit 2,5 Millionen Tonnen Glas gesammelt würden. Die Scherbeneinsatzquote betrage über 60 Prozent. Es werde deutlich mehr Grünglas gesammelt, man verzeichne 300.000 Tonnen Übermengen. Dieses werde im Ausland verwertet und subventioniert. Beim Glasrecycling funktionieren die Wettbewerber flächendeckend nicht. Die Substitution des Glases sei in vollem Gange. Diese werde durch das Zwangspfand verstärkt. Die CO₂-haltigen Getränke im Glas befänden sich massiv auf dem Rückzug. Mit Mischglas würden Verwertungsquoten nicht erreicht, sondern nur durch farbgetrennte Sammlungen.

„Ungeheurer Vorgang“

VBS-Präsident Reinhard Büchl bezeichnete es schließlich als „ungeheuren Vorgang“, dass sich eine ganze Branche von der Kartellbehörde das Rückgrat brechen lasse. Dies gelte auch für die Verbände. Es sei unglaublich, dass die Verbandsspitzen angeklagt würden, weil sie das täten, was die Verbandsmitglieder erwarteten, nämlich zu beraten, zu unterstützen und gravierende Veränderungen zu bewerten.

Durch eine Vielzahl von Bedenkenträgern, Juristen und Behörden sei den Mitgliedsunternehmen das Heft des Handelns aus der Hand genommen worden. Juristen bestimmten heute, was in der Entsorgungswirtschaft machbar ist und nicht die ökonomische und ökologische Vernunft, gewachsen aus vielen Jahren und Jahrzehnten in der Branche. Dies wirke lähmend auf die gesamte Branche und verursache einen riesigen Investitionsstau. **DK**

VBS-Jahrestagung in Bad Griesbach:

Gegen weitergehende Liberalisierung der Abfallwirtschaft

Ein zentrales Thema der 29. Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS) in Bad Griesbach war die vor rund einem Jahr aufgekommene Diskussion um eine weitergehende Liberalisierung der Abfallwirtschaft. Maßgebliche Vertreter namhafter Organisationen sowie Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft äußerten vor über 300 Zuhörern aus den Reihen mittelständisch strukturierter Entsorgungsunternehmen in Bayern ihre Sicht der Dinge, was die weitere Entwicklung in der bundesdeutschen Abfall- und Entsorgungswirtschaft anbelangt.

Im Vorfeld der Tagung hatte eine Verlautbarung der Stuttgarter Akademie für Technikfolgenabschätzung, wonach eine Rückkehr zum Ein-Tonnen-System wohl unausweichlich sei, für eine gewisse Verunsicherung gesorgt. Diese These wurde damit begründet, dass das gegenwärtige Abfallentsorgungssystem mit seinen differenzierenden und kaum einzuhaltenden Getrennthaltungsvorgaben nicht zukunftsfähig wäre. Zudem könne man den heute verfügbaren Sammel-, Sortier- und Behandlungstechniken Entsorgungssysteme vorhalten, die es

erlauben, auf eine Getrennthaltung weitgehend zu verzichten.

Keine Rückkehr zum Ein-Tonnen-System

Derartigen Überlegungen erteilte Dr. Helmut Schnurer vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine deutliche Absage. Eine generelle Rückkehr zum Ein-Tonnen-System werde es nicht geben. Die Abfallentsorgung werde sich in Zukunft stärker an der Nachhaltigkeit orientieren, mit dem Ziel, die Abfälle stofflich zu verwerten,

um Ressourcen zu sparen oder energetisch zu verwerten.

Duales System

Laut Manfred Sutter von der DSD AG, Köln, sind 85 Prozent der Verbraucher vollkommen oder sehr zufrieden mit dem, was das Duale System gemeinsam mit seinen Vertragsnehmern geleistet hat. 92 Prozent der Deutschen nahmen am Dualen System teil. Verbraucher, Handel und Industrie seien im Dualen System eingebunden. Das Ziel, die Verpackungen nicht beim Handel zurücknehmen zu müssen, sei erreicht worden.

Ökologie im Vordergrund

Die Verpackungsordnung habe die Ökologie in den Vordergrund gestellt, fuhr Sutter fort. Jetzt erlebe man einen Stellvertreterkrieg zwischen Umweltpolitik einerseits und Wettbewerbspolitik andererseits. Dieser Krieg werde einseitig von den Kartellbehörden auf dem Rücken der Entsorger ausgetragen. Und die Politik schweige dazu.

Erschwertes Verfahren

Sutter erinnerte daran, dass die Neuausschreibungen der DSD-Verträge mit einer Laufzeit von drei Jahren ab 2004 ins Haus stünden. Die Vorbereitungen der Ausschreibungen wären abgeschlossen, so dass sie veröffentlicht werden könnten. Erschwert würde dieses Verfahren jedoch dadurch, dass das Kartellamt offensichtlich immer noch Einwände habe, die einer Klärung bedürften. Auch das nach wie vor ungeklärte Problem bezüglich einer Freistellung der DSD vom Kartellamt verunsichere zusätzlich in hohem Maße.

Systempartner

Wie Werner Kook darlegte, versuche u.a. die Interseroh AG, Köln, diese Chance zu nutzen, um sich als anerkannter Systempartner der Entsorgungswirtschaft bei der Rückführung von Verpackungsabfällen zu präsentieren. So bemühe man sich derzeit offensichtlich mit Erfolg, zunächst in Hessen als weiteres duales System zugelassen zu werden. Damit würde die Interseroh AG ihren Marktanteil im Entsorgungsgeschäft beacht-

Freistaat gibt 4,5 Mio. Euro für 2. Biopark in Regensburg

Regensburg. Kurz vor Jahreswechsel brachte Wirtschaftsstaatssekretär Hans Spitzner der Stadt Regensburg noch ein echtes Weihnachtsgeschenk. Der Freistaat Bayern unterstützt den Bau des Bioparks II in Regensburg mit einem Zuschuss von 4,5 Mio. Euro. Dieses Geld kommt noch aus den Resten der Privatisierungserlöse. Damit ist die Erweiterung des 1996 gegründeten Biotechnologie-Gründerzentrums gesichert.

Oberbürgermeister Hans Schaidinger war über diese Förderung durch den Freistaat sehr erfreut, zumal der Freistaat noch 600.000 Euro nicht verbrauchte Mittel der Hightech-Offensive an einige Institute der Universität Regensburg zur Verfügung stellt.

Staatssekretär Spitzner dazu: „Wir wollen nicht an der Zukunftstechnologie sparen!“ Regensburg sei nach München mit 30 Unternehmen und 900 Beschäftigten der zweitwichtigste Biotechnologie-Standort in Bayern.

Dr. Thomas Diefenthal, einer der beiden Geschäftsführer des Biopark I, stellte in Aussicht, dass der Biopark II auf rund 6000 qm Fläche im Anschluss an den Biopark I angesiedelt werde. Die Nachfrage sei schon jetzt vorhanden. Man werde die beiden Komplexe durch einen Glasgang verbinden.

OB Schaidinger kündigte an, dass man im Jahre 2003 das neue Projekt fertig gestellt habe. Es werde insgesamt 10 bis 13 Mio. Euro kosten, davon werde

die Stadt Regensburg drei Millionen beisteuern. Den Rest werde die Biopark GmbH durch ein aufzunehmendes Darlehen decken. **WZ**

Rund ums Recht

Ein Herz für die Mitarbeiter der Bauhöfe (und der Kämmerer) hat das Landgericht (LG) Itzehoe bewiesen. Zu verhandeln war die Klage einer Autofahrerin, die um fünf Uhr in der Frühe auf einer vereisten Brücke ins Schleudern kam und von der für den Räum- und Streudienst zuständigen Kommune Schadensersatz wegen unterlassener Streuung forderte. Zu Unrecht, wie die Richter im hohen Norden (Urteils-Az.: 3 O 239/98) meinen: Vor Beginn des morgendlichen Berufsverkehrs müsse sich ein Autofahrer besonders auf glatte Straßen einstellen und könne nicht davon ausgehen, dass gestreut sei. \llcorner

Gute Geschäftsentwicklung bei der BayWa

Erstmals rund sechs Milliarden Euro Umsatz
Fusion mit der Stuttgarter WLZ Hohenkammer

Trotz eines schwierigen konjunkturellen Umfelds konnte der Münchner Handels- und Dienstleistungskonzern BayWa seine Marktposition weiter verbessern. Wie Vorstandsvorsitzender Wolfgang Deml bei der Jahresabschluss-Presskonferenz in Hohenkammer mitteilte, wurde im abgelaufenen Jahr erstmals ein Umsatz von knapp sechs Milliarden Euro erreicht. Grund für den Anstieg um rund 14 Prozent ist vor allem die Übernahme der Württembergischen Zentrale Raiffeisen AG Stuttgart, die allein 930 Millionen Euro zum BayWa-Umsatz beiträgt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Konzern erreichte zum dritten Quartal 46,2 Millionen Euro und lag damit um 122 Prozent über der Vergleichszahl des Vorjahres.

Der starke Rückgang im Wohnungsbau und die geringe Konsumneigung in der Bundesrepublik haben, so Deml, das Geschäft im letzten Jahr ebenso erschwert wie die schwache Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft. Der Agrarbereich, stärkste Einzelsparte, lag mit rund zwei Milliarden Umsatz knapp unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Besser als der Branchentrend

Eine Steigerung um sechs Prozent auf über 800 Millionen Euro

Zweckverband Müllverwertung Schwandorf:

Grünes Licht für Kompetenzverbund

Im Rahmen seiner jüngsten Versammlung hat der Zweckverband Müllverwertung Schwandorf (ZMS) grünes Licht für einen „abfallwirtschaftlichen Kompetenzverbund“ gegeben, der als „interdisziplinäre Plattform eines Informationsmanagements“ dienen soll. Angeregt hatte dieses Projekt der Oberpfälzer Regierungspräsident Dr. Wilhelm Weidinger.

Dieses Vorhaben hat handfeste Hintergründe: Im Sog des Schwandorfer Müllkraftwerks als eines der größten und effizientesten Anlagen dieser Art in Europa hat sich speziell in Ostbayern ein beträchtliches ingenieurtechnisches Wissen rund um die thermische Abfallverwertung und ihre Organisationsstruktur angesammelt. Es konzentriert sich ebenso auf die MSB (Müllkraftwerk Schwandorf Betriebsgesellschaft) als eigentlichem Anlagenbetreiber, den ZMS mit seinen Gebietskörperschaften als öffentlich-rechtlichem Träger, wie auf etliche Ingenieurbüros und einige Schwerpunkte innerhalb der Fachhochschule Amberg-Weiden.

Netzwerkstruktur

Durch eine Netzwerkstruktur soll künftig deren jeweiliges Spezialwissen verknüpft werden, um einen möglichst reibungslosen Informations- und Wissensfluss zu ermöglichen. Die Vollversammlung ermächtigte den ZMS-Vorsitzenden, Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, mit den in Frage kommenden Stellen eine entsprechende Rahmenvereinbarung zu schließen.

Vor diesem Hintergrund sind zwei weitere Beschlüsse zu sehen: So wird ein seit Anfang 2002 laufender Versuch zum LKW-gebundenen Ferntransport von Abfällen von Hof nach Schwandorf um ein Jahr bis Ende 2003 verlängert. Dieser Versuch basiert auf sog. Wechselbehältern, die sowohl auf einzelnen Müllsammelfahrzeugen als auch im Überland-Containerverkehr eingesetzt werden können. Mit einem Kostenaufwand von 85.000 Euro werden deshalb zehn weitere Wechselbehälter dieser Bauart beschafft.

Investitionen in Höhe von etwa 600.000 Euro sind für einen weiteren Pumpschacht zur För-

zeichnung der Technik, in der der Handel mit Landmaschinen zusammengefasst ist. Der Baustoffhandel erwirtschaftete 2002 Umsätze in Höhe von 1,2 Milliarden. Der Rückgang von etwa 2,5 Prozent ist deutlich besser als der Branchentrend.

Sparten und Personal

Bei der Sparte Bau und Gartensparten sind flächenbereinigt die Umsätze um rund fünf Prozent im Minus, allerdings hat ein Wachstum in Österreich den Rückgang auffangen können. Der Umsatz der Haustechnik-Sparte

schumpfte um neun Prozent, mit Heizöl und Kraftstoffen erlöste das Unternehmen sieben Prozent weniger.

Die Zahl der Beschäftigten der BayWa ging um 7,6 Prozent auf 13.225 zurück, andererseits konnte durch die Übernahme der Stuttgarter WLZ Raiffeisen das Personal um über 2000 Kräfte erhöht werden.

Integration der WLZ

Die Integration der WLZ in den BayWa-Konzern bezeichnete Wolfgang Deml als eine besondere Herausforderung im neuen Geschäftsjahr. Die Verschmelzung soll rückwirkend zum ersten Januar bis zum Frühjahr vollzogen sein. Man werde durch dieses Wachstum Synergien schöpfen und durch die erfolgreiche Integration die Position auf internationalen und regionalen Märkten stärken. Die Ersparnisse durch



Die Arbeitskreisteilnehmer bei ihrem Treffen beim EBB (Entsorgungsbetrieb Bamberg) in der Domstadt.

„Aktion Saubere Stadt“:

Arbeitskreistreffen der Nordbayrischen Bauhöfe

Der seit 1995 bestehende Arbeitskreis Nordbayrischer Bauhöfe hat sich in den vergangenen Jahren ständig erweitert und für das Jahr 2003 ein besonderes Ziel gesteckt. Gemeinsam wird die „Aktion Saubere Stadt“ durchgeführt.

Aus diesem Anlass trafen sich die Vertreter der Städte Aschaffenburg, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Fürth, Hof, Kulmbach, Nürnberg, Regensburg, Schweinfurt, Weiden und Würzburg zu einem Vorbereitungsgespräch in Bamberg. Der Arbeitskreis wird geleitet vom Hofer Bauhofchef Klaus-Jochen Weidner. Bei diesem mehrtägigen Erfahrungsaustausch wurde eine ganze Reihe von Aktionen beraten, welche unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Landesentwicklung und Umweltpolitik Dr. Werner Schnappauf stehen.

Der Beginn am 15. März 2003 erfolgt mit einer Reinigungsaktion in Bächen und Flüssen die in Zusammenarbeit mit aktiven Bürgern, Fischereiverbänden und weiteren Beteiligten in den jeweiligen Städten durchgeführt werden.

In den ersten beiden Aprilwochen sind parallel in allen Städten Reinigungsaktionen in ausgewählten Schulen durch die Schüler selbst geplant. Unter dem Motto „Sauberes Schulhaus“ werden die Schülerinnen und Schüler zur Mitarbeit aufgefordert.

Für den Monat Mai ist am Donnerstag, 15.5.2003, ein Stadtreinigungstags mit Maschinen und Personal in allen beteiligten Kommunen im Programm. Hierbei stehen Infor-

die Fusion bezifferte Deml auf 13 bis 18 Millionen Euro. An Investitionen plant der Konzern über 120 Millionen Euro, das ist eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr.

Als Schwerpunkte wurden Investitionen in Standort-, Vertriebs- und Prozessoptimierung genannt. „Wir bleiben trotz des schwierigen Konjunkturfeldes vorsichtig optimistisch und werden auch 2003 die Chancen auf unseren Märkten wahrnehmen“, sagte abschließend der BayWa-Chef.

Welternährungs-Projekt

Im Rahmen der Pressekonferenz stellte die BayWa-Stiftung ihr jüngstes Projekt zur Sicherung der Welternährung vor. Sie unterstützt rund 4000 Kleinbauern in Malawi im Süden Afrikas bei der Vermehrung von verbessertem Saatgut.

Rund 25.000 Euro stellt die BayWa-Stiftung für diesen Zweck dem Entwicklungsland zur Verfügung. Partner bei dem Projekt ist der World Vision Deutschland e.V., eine weltweit agierende Hilfsorganisation. Ein weiteres Ziel in Malawi ist die Etablierung lokaler, selbst verwalteter Getreidebanken.

Eugen Scholl



Der Landkreis Dillingen zeichnete die Jägerschaft des Kreises für beispielhafte „Lernort Natur“-Aktivitäten aus. Von rechts: Kreisvorsitzender Helmut Jaumann, Regierungsrätin Christa Marx, „Lernort-Natur“-Beauftragter Herbert Heisig, Landrat Dr. Anton Dietrich, Bürgermeisterin Hildegard Wannan, stellvertretende Landrätin Angela Rieder.

Umweltschutz im Landkreis Dillingen:

Würdigung vorbildlicher Projekte

Während eines Festaktes im Schloss Höchstädt wurden vom Landkreis Dillingen besonders vorbildliche und gelungene private Maßnahmen im Bereiche des Natur- und Umweltschutzes ausgezeichnet. Landrat Dr. Anton Dietrich bedachte 19 Aktionen und Initiativen mit Urkunden und Geldpreisen.

Dietrich hob hervor, dass nicht weniger als zehn Projekte des technischen Umweltschutzes eine besondere Würdigung erfuhren. Letzterer gewinne angesichts des offensichtlich rasanten Klimawandels zunehmende Bedeutung. Ausgezeichnet wurden die Nutzung regenerativer Energiequellen, der Einbau von Photovoltaikanlagen, die Umrüstung eines Schleppers auf Pflanzenöl, Pflanz- und Pflegemaßnahmen und eine Wiederansiedlung des Weißstorches.

Den mit 1000 Euro verbundenen „Umweltpreis 2002“ des Kreises erhielt die vom 1. Vorsitzenden Helmut Jaumann geführte Kreisjägersvereinigung Dillingen. Sie organisiert seit Jahren für Kinder und Jugendliche attraktive Naturerlebnisse in den Revieren, unter dem Motto „Lernort Natur“. Ein Sonderlob gehörte dem „Lernort Natur“-

Beauftragten Herbert Heisig aus Wertingen. Hervorgehoben wurden auch zwei kommunale Projekte. Der Schulverband Bissingen, unter Leitung des Vorsitzenden Bürgermeister Michael Holzinger, stattete die Schulgebäude mit einer leistungsfähigen Photovoltaikanlage aus. Diese wird von Lehrern und Schülern betreut. Ihnen wird zugleich die Erzeugung zukunftsfähiger Energien nahe gebracht unter Einbeziehung eines Messprogramms und einer Dokumentation. Die städtische Kindertagesstätte Dillingen an der Kapuzinerstraße, mit Frau Petra Schütze, erhielt eine spezielle Würdigung für die Umgestaltung des großen Gartens in einen „Naturgarten“, mit Flussslandschaft, Spielhecken und lebenden Weidenhäusern. Zusammen mit Stadt und Eltern wurden 1320 Stunden freiwillige Leistungen geboten.

Gewerberestmüll muss wieder in die kommunale Tonne

Städtetag legt Satzungsmuster für den Vollzug vor

Der Bayerische Städtetag hat gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag ein Muster einer Abfallwirtschaftssatzung entwickelt und den bayerischen Städten zur Anwendung empfohlen. Darin wird die von der Gewerbeabfallverordnung vorgeschriebene Pflichttonne für das Gewerbe konkretisiert. Der rechtswidrigen Umleitung des Gewerberestmülls auf die private Wertungsschiene kann erstmals eine vollziehbare Regelung entgegengesetzt werden.

Der Städtetag sieht mit der am 1. Januar 2003 in Kraft tretenden Verordnung und dem vorliegenden Satzungsmuster die Chance, das derzeit nicht vollziehbare Abfallrecht wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Zugleich kann die Gebührenstabilität nachhaltig verbessert und das Gewerbe wieder an den Kosten der Entsorgungsanlagen beteiligt werden. Die Wettbewerbsverzerrungen zwischen gebührenzahlenden und nicht gebührenzahlenden Unternehmen können mit der Neuregelung abgebaut werden.

Während der BSE-Krise musste von heute auf morgen das nicht mehr verwertbare Tiermehl in den Müllverbrennungsanlagen der Kommunen entsorgt werden. Die rechtliche Abgrenzung zwischen dem von den Kommunen zu beseitigenden Gewerberestmüll und dem Gewerbeabfall, der einer privatwirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden kann, ist unscharf. Mit steigendem Kostendruck haben sich daher Teile des Gewerbes in den letzten fünf bis sieben Jahren aus der kommunalen Abfallwirtschaft verabschiedet. Gewinner waren billigere,

aber auch umweltschädlichere Scheinverwertungen, wie z. B. Deponien in Ostdeutschland. Damit gingen den Kommunen auch Einnahmen verloren, so dass die Fixkosten (ca. 80 bis 90 Prozent) zunehmend von den verbleibenden Gebührenzahlern - vor allem den privaten Haushalten - bezahlt werden mussten.

Das jetzt vorgelegte Satzungsmuster legt den Städten nahe, pro Beschäftigten und Woche ein Restmüllvolumen von mindestens sechs Litern vorzuschreiben. Hinzu kommen branchenabhängige Zuschläge. Damit liegen die Städte zwar am oberen Rand des von den Wirtschaftsverbänden akzeptierten Mindestvolumens. Gleichzeitig stellen die sechs Liter aber auch den unteren Rand des vom Deutschen Städtetag bundesweit zur Anwendung empfohlenen Mindestvolumens für den Restmüll dar. Auf Bayern bezogen liegt die Empfehlung des Städtetags deutlich über dem Wert des Landkreistags. Dies ist jedoch gerechtfertigt, weil sich das Restmüllaufkommen pro Kopf auf dem Land von dem in der Stadt deutlich unterscheidet.

Der Freistaat stellt Weichen für bayerischen Transrapid

40 Millionen Euro für Planungsarbeiten / Otto Wiesheu: „Bayern wird bei Planungsgeschwindigkeit Spitze sein“ / „Wir werden Kanzler Schröder keinen Vorwand liefern, um das bayerische Transrapid-Projekt hinten anzustellen“

Bayern wird die Kosten für das Planfeststellungsverfahren der Transrapid-Strecke zwischen Münchener Flughafen und Münchner Hauptbahnhof von bis zu 40 Millionen Euro vorfinanzieren. Auf Vorschlag von Verkehrsminister Dr. Otto Wiesheu hat der Ministerrat jetzt die aktuell erforderlichen Maßnahmen beschlossen, damit das erfolversprechende Projekt in Bayern zügig verwirklicht werden kann. Damit kann das Planfeststellungsverfahren mit hohem Nachdruck durchgeführt und abgeschlossen werden. Die Planungskosten sollen möglichst bald vom Bund übernommen werden. Nach Angaben Wiesheus bestehen zudem gute Aussichten, dass die Europäische Union einen Teil der Planungskosten mitfinanziert.

Darüber hinaus zeigte sich der Minister zuversichtlich, dass die derzeit laufenden Gespräche über eine Finanzierung des Gesamtprojektes erfolgreich abgeschlossen werden können. Wiesheu kündigte an, dass noch im Januar ein Gesamtfinanzierungskonzept für den Transrapid vorgelegt wird.

Ein Aushängeschild

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber bezeichnete das Transrapid-Projekt als Aushängeschild für die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität des High-Tech-Standortes Bayern: „Der Transrapid ist ein Projekt mit Signalwirkung für ganz Bayern. Die Transrapid-Technologie steht für die Innovations- und Erneuerungsfähigkeit unseres Landes und ist zugleich ein gewaltiges Konjunkturprogramm für Bayern. Der Transrapid signalisiert auch unseren Mut, Neues anzupacken und unsere Spitzenposition im internationalen Wettbewerb um die besten Unternehmen und um Arbeitsplätze zu halten und weiter auszubauen. Der Freistaat Bayern steht für Modernität, für wissenschaftliche Spitzenleistung, für pulsierende Unternehmen genauso wie für soziales und kulturelles Engagement. Die Unternehmen sind hier, weil Bayern mit seiner Infrastruktur ein hochattraktiver Standort ist. Dafür wollen wir auch in Zukunft bei der Spitzentechnologie ganz vorne dabei sein. Im Wettbewerb, zu anderen Spitzenstandorten müssen wir darauf achten, dass Bayern gut aufgestellt ist.“

Forderung nach Spitzengespräch

Stoiber erklärte, dass Bayern die Realisierung des Transrapids in beiden Ländern, also in Nordrhein-Westfalen und in Bayern, wolle. Bayern fordert ein gleiches Spitzengespräch mit der Bundesregierung, wie es jetzt mit Nordrhein-Westfalen vereinbart wurde.

Bayerns Verkehrsminister Wiesheu begrüßte, dass Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe öffentlich Klarheit geschaffen hat und den bisherigen Finanzanteil des Bundes am bayerischen Transrapid von 550 Millionen Euro bestätigt hat. Damit habe der Bundesverkehrsminister einige Unklarheiten aus den vergangenen Tagen beseitigt.

Großes Zukunftspotenzial

Wiesheu kündigte an, dass Bayern alle Anstrengungen unternommen werde, um die Planungen für eine schnellstmögliche Realisierung des Transrapids voranzubringen. Wiesheu: „Wir werden Kanzler Schröder

rhein-Westfalen bereits leistungsfähige öffentliche Verkehrsverbindungen auf der geplanten Trasse bestehen.

Express-S-Bahn mit gravierenden Nachteilen

Eine Express-S-Bahn habe im Vergleich zum Transrapid gravierende Nachteile: Erstens dauere die Fahrt mit der Express-S-Bahn doppelt so lang wie mit dem Transrapid. Zweitens verursache sie eine doppelt so hohe Lärmbelastung. Und Drittens seien auch beim Bau der Express-S-Bahn erhebliche Investitionskosten von rund einer Milliarde Euro erforderlich, obwohl die S-Bahn stets ein Subventionsgeschäft sei. Außerdem sei eine zeitnahe Realisierung der Express-S-Bahn fraglich, weil der Bund hier Mittel aus demselben Fördertopf einsetzen müsste wie beim Bau des weiteren S-Bahn-Großprojekts „zweiten Stammstrecken-Tunnel“.

Bundeszuschuss nicht akzeptabel

Mit Nachdruck forderte Wiesheu die Bundesregierung auf, die Transrapid-Mittel gerecht zwischen den beiden Projekten Metrorapid in Nordrhein-Westfalen und Transrapid in Bayern zu verteilen. Wiesheu erklärte, der einzig gerechte Maßstab zur Verteilung der Bundeszuschüsse sei ein vergleichbarer Anteil an den jeweiligen Gesamtkosten. Das würde 767 Millionen Euro für Bayern und 1,533 Milliarden Euro für Nordrhein-Westfalen bedeuten. Nach den derzeitigen Planungen der Bundesregierung erhält Bayern lediglich 550 Millionen Bundeszuschuss. Das sei nicht akzeptabel. Wiesheu forderte die Bundesregierung auf, die Empfehlungen des Bundesrechnungshofs in seinem Bericht zu den Machbarkeitsstudien beider Strecken ernst zu nehmen und beide Gutachten noch einmal objektiv zu überprüfen. Auf dieser Grundlage müsse dann neu über die Mittelvergabe entschieden werden. Bayern werde es nicht hinnehmen, dass ein industriepolitische und technologiepolitische Aufgabe von nationalem Interesse allein unter SPD-Genossen ausgekugelt werde und Sachargumente ausgeschlossen werden. Wiesheu warnte den Bundeskanzler davor, vordergründige Parteiinteressen über die Interessen des ganzen Landes stellen zu wollen.

Unsachliche Argumentation

Als sachlich unzutreffend bezeichnete Wiesheu die Aussage Schröders, Nordrhein-Westfalen den Vorrang zu geben, weil die Planungen dort am weitesten gediehen seien. Wiesheu: „Diese Aussage ist sachlich daneben und soll das attraktive bayerische Transrapid-Projekt diskriminieren.“ Entscheidend sei die erforderliche Länge des Planungszeitraums, die in Bayern wegen der einfacheren Streckenverhältnisse wesentlich geringer ist als in Nordrhein-Westfalen. Der Metrorapid in Nordrhein-Westfalen müsse durch sieben Großstädte mit enormen Planungsschwierigkeiten geführt werden, während der Transrapid in München weitgehend im Tunnel laufe und dann entlang einer Autobahn geführt werde. Darüber hinaus

reichen die bisher veranschlagten Planungskosten in Nordrhein-Westfalen von 35 Millionen Euro nicht aus.

Keine Diskriminierung!

Fachleute rechnen mit Planungskosten für den Metrorapid bis zur Planfeststellung von 80 Millionen Euro. Wiesheu: „Eine Diskriminierung der bayerischen Bevölkerung und der bayerischen Steuerzahler würden wir auf keinen Fall hinnehmen.“

Ampeln stehen auf Grün

„Das klare Bekenntnis der Bayerischen Staatsregierung ist ein konsequenter Schritt in eine exzellente Transrapid-Zukunft“. Mit diesen Worten dankte Dr. Josef Zeiselmaier, Geschäftsführer der Bayerischen Magnetbahnvorbereitungsgesellschaft (BMG), Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Staatsminister Dr. Otto Wiesheu. Mit dieser Weichenstellung werde der Freistaat seiner führenden Stellung als Hochtechnologie- und Hochtechnologie-land gerecht. „Was in Bayern entwickelt worden ist, wird auch hier verwirklicht.“ Die BMG könne noch in diesem Monat die Verdingungsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren versenden. Im Sommer werde dann mit den eigentlichen Planungsarbeiten begonnen. „Die Ampeln stehen dafür auf Grün!“ stellte Zeiselmaier fest und unterstrich, daß die BMG nach Abschluß des Planfeststellungsverfahrens mit dem Bau der Magnetbahnverbindung zwischen Hauptbahnhof und dem internationalen Flughafen im Erdinger Moos Mitte 2005 beginnen werde. ☞

Region Landshut:

Attraktivität im Bahnverkehr steigern!

Breite Zustimmung hat der Regionale Planungsverband mit seinen Initiativen zur Steigerung der Attraktivität im Bahnverkehr gefunden. Besonders die Forderung nach Beseitigung eines Engpasses im niederbayerischen Netz wird nicht nur von vielen Gemeinden, Städten, Landkreisen und der Nachbarregion Donau-Wald unterstützt. Auch die oberösterreichische Landesregierung und die Arbeiterkammer in Linz haben sich stark für den Ausbau engagiert.

Man hat dort erkannt, wie wichtig es ist, die überlasteten Straßen zu meiden und auf einem schnellen Schienenweg in den Ballungsraum München und vor allem zum internationalen Airport im Erdinger Moos zu kommen.

Das Angebot muss stimmen

Oberbürgermeister Josef Deimer, Vorsitzender der Region Landshut, ist überzeugt, dass Autofahrer jedoch nur bei einem attraktiven Angebot von der Straße auf die Schiene wechseln. Dazu müsse die Fahrzeit zwischen Passau und München bei unter zwei Stunden liegen. Dies wiederum mache die Beseitigung des Engpasses zwischen Plattling und Landshut durch ein zweites Gleis und die Erhöhung der Strecken-Geschwindigkeit auf 160 km/h erforderlich. Die Bayerische Eisenbahn-Gesellschaft habe auch bereits einen Vorschlag zur Finanzierung unterbreitet. All diese Unterstützung hindert nach Deimers Worten die Deutsche Bahn AG allerdings nicht, sich immer wieder selbst im Weg zu stehen. Wenn ein Sprecher der DB jetzt mitgeteilt habe, sie lehne den

zweigleisigen Ausbau ab und strebe lediglich eine Höchst-Geschwindigkeit von 140 km/h an, sei dies völlig unakzeptabel. Ein eingleisiger Abschnitt habe seine große Schwäche an den Kreuzungspunkten. Bei Verspätungen, die nicht selten seien, würden die Reisezeiten der Gegenzüge unkalkulierbar. Mit Halbheiten könne die Bahn keine interessante Alternative zum Straßenverkehr aufbauen.

Fehlentwicklung

Am fehlenden Geld könne diese Zurückhaltung auf keinen Fall liegen, meint der Vorsitzende. So lasse die Bahn auch in diesem Jahr wieder Mittel für den Ausbau von Regionalstrecken verfallen. 45 Millionen Euro seien es für dieses Jahr allein im Bereich des Freistaates Bayern. Dies zeige, dass der Staatsbetrieb ein nur sehr geringes Interesse an der Erschließung der ländlichen Räume habe. Statt dessen pumpe die Bahn immer mehr Milliarden in den Neubau von Hochgeschwindigkeits-Strecken. Josef Deimer findet es verwunderlich, dass die Politiker in Bund und Land dieser Fehlentwicklung relativ tatenlos zusähen. **DK**

Mobilität und Lebensqualität:

Nachhaltige Konzepte in Stadt und Land

Fachtagung der Ökologischen Akademie, Linden

„Nachhaltige Mobilitätskonzepte in Stadt und Land“ lautete das Motto einer Fachtagung der Ökologischen Akademie e.V., Dietramszell/Linden. Dabei wurden erfolgreiche Beispiele aus den Bereichen „Betriebliche Mobilitätskonzepte“, „Mobilitätskonzepte für Städte und Gemeinden“ sowie „Mobilitätskonzepte im ländlichen Raum“ vorgestellt. Gleichzeitig wurde verdeutlicht, wie die Ziele „Mobilität“ und „Steigerung der Lebensqualität“ verwirklicht werden können.

Inwieweit LKW's erfolgreich auf die Schiene gebracht werden können, erläuterte eingangs Karl Fischer, Geschäftsführer Logistik-Kompetenz-Zentrum Prien. Die Prognosen des Verkehrszuwachses verdeutlichte die Kapazitätsengpässe der Zukunft, die Straße als Verkehrsträger könne und werde diesen Zuwachs alleine nicht bewältigen können. Angesichts des Ländervergleichs mit den Nachbarn Frankreich, Österreich und Italien werde vor allem das enorme Verlagerungspotenzial

deutlich. Daher sei ein Umdenken in den Köpfen erforderlich. Eine umweltbewusste Transportabwicklung sei bei freier Verkehrsinfrastruktur mit dem Einsatz von umweltfreundlichen Verkehrsträgern, einer Optimierung der Verkehrsinfrastruktur und der logistischen Optimierung der Transportkette möglich. Nachhaltige Mobilität, so Fischer, gewinne nicht nur im Güterverkehr zunehmend an Bedeutung und Brisanz.

Paul Dosch vom Münchner Verkehrs- und Tarifverbund

GmbH (MVV), München, befasste sich in seinen Ausführungen mit der erfolgreichen Planung und dem Einsatz eines Anrufsammeltaxis (AST). AST-Verkehre seien sinnvoll bei Veranstaltungsbesuchen, wenn in den Spätverkehrszeiten kein anderes ÖPNV-Angebot mehr bestehe, bei Erledigungen bzw. kleineren Besorgungen oder Einkäufen sowie in der Freizeit, z.B. nach dem Besuch eines Lokals oder einer Diskothek.

Sicherheitsaspekt

Gerade der Sicherheitsaspekt sei in den Abendstunden oftmals von großer Bedeutung, sagte Dosch. Wenn das AST von der S/U Bahnstation bis vor die Haustüre fahre, so sei dies in jedem Falle sehr hilfreich und ein erstklassiger ÖPNV-Service. Mit einem guten und überlegt geplanten AST-Verkehr sei es möglich, das Angebot im Linienverkehr auszuweiten. So könnten Betriebszeiten verlängert oder entsprechende Taktverdichtungen durchgeführt werden.

Chance für Taxis

Wichtig für einen gut funktionierenden AST-Verkehr sei ein leistungsfähiges Taxiunternehmen, das eine mindestens bis 2 Uhr früh oder rund um die Uhr besetzte Mobilitätszentrale unterhalte. Viele Taxiunternehmen hätten leider noch nicht erkannt, welche Chance sich für ihr Unternehmen mit einem AST-Verkehr biete (gutes Zubrot, verbesserte Auslastung des Betriebes). Letztlich muss laut Dosch natürlich auch der politische Wille vorhanden sein, um dem Bürger ein solches Angebot zu unterbreiten und eine derartige Maßnahme durchzuführen.

Seit 1995 läuft im Landkreis Oberallgäu ein Pilotprojekt, das es ermöglichte, ein Nahverkehrsangebot aus einem Guss anzubieten. Wie Roland Merkle vom Landratsamt Oberallgäu in Sonthofen darlegte, bestehe dieses Projekt aus folgenden Kernelementen: 1. Taktverkehr auch auf den Buslinien; 2. Schnelles Umsteigen durch aufeinander abgestimmte Fahrpläne; 3. Direkte Anschlüsse zwischen Bus und Bahn; 4. Günstige Tarife für Pendler, Tagesausflügler und Feriengäste. Um diese Anforderungen zu erreichen, sei das Nahverkehrsangebot im südlichen Oberallgäu um jährlich rund 600.000 Kilometer gegenüber 1994 ausgeweitet worden, was einer Steigerung von etwa 50 Prozent entspreche. Ergänzend zum Busangebot verkehre im Raum Sonthofen in den Abendstunden ein Anrufsammeltaxi, das ebenfalls an die Zugankünfte angepasst sei. Für die verschiedenen Zielgruppen seien jeweils speziell zurechtgeschnittene Tarifangebote geschaffen worden, die in allen Zügen und Bahnen im Oberallgäu gültig seien. Damit sei das Angebot für den Kunden äußerst attraktiv und leicht handhabbar.

Beispielhaftes Oberallgäu

Aufgrund der großen Erfolge und des Vorzeigecharakters des Projekts wurde laut Merkle der Landkreis Oberallgäu für sein ÖPNV-Modell im Mai 2000 mit dem Bayerischen ÖPNV-Preis ausgezeichnet, wobei die enge Zusammenarbeit des Landkreises mit den Busunternehmern und der Bahn besonders gewürdigt wurde. Der Landkreis Oberallgäu sei darüber hinaus Modellgebiet Bayerns im EU-„Pilotprojekt für umweltfreundliche Reiselogistik, verknüpft mit elektronischen Buchungssystemen und Informationssystemen in alpinen Tourismusgemeinden“.

Mobilität und Verkehr

Prof. Dr. Ing. Udo J. Becker von der TU Dresden sprach sich schließlich klar dafür aus, Mobilität und Verkehr zu trennen. Man könne viel Mobilität mit wenig Verkehr erlauben oder umgekehrt. Zudem sei eine nachhaltige Mobilitätsentwicklung nur zusammen mit der Bevölkerung, nur partizipativ und demokratisch möglich: Becker sprach sich dafür aus, einen längerfristigen, stetigen, allmählichen, sanften Prozess zu planen und zu begleiten. Dabei seien die Ängste der Menschen ernst zu nehmen und zu „widerlegen“: Die Mobilitätsentwicklungskonzepte müssten ihre Vorteile in den Vordergrund stellen.

Bewusstseinsänderung

Nachhaltige Entwicklung und Kostenwahrheit seien untrennbar und bedingen sich, außerdem seien systematische und dynamische Effekte des Handelns unbedingt mit zu berücksichtigen, hob Becker hervor. Die Grundlagen für den Willen zur Veränderung lägen im Bewusstsein der Politiker, der Bürger und der Bevölkerung. Entscheidend sei letztlich aber das Handeln aller: auf allen Ebenen, in allen Bereichen. **DK**

Stadt und Landkreis Regensburg:

1. „Regionalgespräch“ zum Thema Verkehr

Den vielfältigen Verkehrsproblemen galt das erste „Regionalgespräch“ zwischen Stadt und Landkreis Regensburg, zu dem sich Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Landrat Herbert Mirbeth, MdB Maria Eichhorn, die Vorsitzenden der Stadtrats- und Kreistagsfraktionen sowie die Bürgermeister der Umlandgemeinden mit Vertretern der Verwaltungen aus Stadt und Landkreis im Regensburger Landratsamt trafen.

Neben der von allen getragenen Feststellung des Landrats, dass die Verkehrsprobleme im Großraum Regensburg nur gemeinsam zu lösen seien, gab es als konkretes Ergebnis einen Konsens bei wichtigen Planungen, so der Bedeutung großräumiger Autobahnumgehungen des Raumes Regensburg, der Sallerner Regenbrücke, der „kleinen Lösung“ einer Osttangente zwischen Schwabelweiser Brücke und der B 16 bei Haslbach entlang der Bahnlinie nach Hof sowie der „Hafenspanne“ zwischen der BAB-Ausfahrt Regensburg-Ost und der Bundesstraße 8.

Nahverkehrsplan im Visier

Bereits beim ersten Treffen nach der Kommunalwahl hatten Oberbürgermeister und Landrat eine regelmäßige Gesprächsrunde über gemeinsam zu lösende Probleme vereinbart, wobei klar war, dass unterschiedliche Interessen zwischen Stadt und Landkreisgemeinden auch

unterschiedliche Beurteilungen bedingen. Einige waren sich Stadt und Landkreis bei der Forderung an den Bund, die überörtlichen Verkehrswege dem gewaltig gestiegenen Verkehrsaufkommen anzupassen. Verkehrslenkung durch elektronische Systeme könnte ein erster Schritt sein, großräumige Planungen einer Umfahrung des Raumes Regensburg müssten folgen. Landkreis und Stadt wollen jedenfalls eine Planung auf Bundesebene zur Problematik des überörtlichen Fernverkehrs anstoßen. Auch der gemeinsame Nahverkehrsplan für Stadt und Landkreis soll in den nächsten eineinhalb Jahren erarbeitet werden.

Die Pläne für eine Regio-Stadtbahn aus der Stadt hinaus in den Landkreis werden von den betroffenen Bürgermeistern begrüßt, ebenso die überregionalen Anliegen einer direkten Schienenanbindung Ostbayerns an den Münchner Flughafen und die Machbarkeitsstudie einer direkten Bahnlinie zwischen Regensburg und Prag. **DK**

Die neue Bahn im Werdenfels

Zahlreiche Investitionen werden in den kommenden Jahren das Bild der Bahn im Werdenfels neu prägen. Unter dem Motto „Die neue Bahn im Werdenfels“ werden für 145 Mio. Euro Bahnhöfe erneuert und kundenfreundlich umgestaltet, Strecken saniert und modernisiert. Herausragendes Zeichen für die neue Bahn sind die neuen elektrischen Triebzüge des Typs „ET 425/6“.

Bis zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember erhielt die DB von der Industrie 21 neue Triebzüge der Baureihen „ET 425 und ET 426“ für das Werdenfels. Sie verkehren im Linieneinsatz auf den Strecken nach Mittenwald, Oberammergau und Kochel. Am 1. August führte die DB Regio Bayern das „Werdenfels-Ticket“ ein. Für nur 9 Euro kann ein Erwachsener mit eigenen Kindern einen Tag lang auf allen Bahnstrecken und vielen Buslinien in der Region unterwegs sein.

80 Millionen Euro für moderne Strecken

Eine effektive Infrastruktur bildet den zweiten Baustein der neuen Bahn im Werdenfels. Über ein neues Elektronisches Stellwerk, das im Sommer in Garmisch-Partenkirchen in Betrieb ging, kann den Zugverkehr in großen Abschnitten zwischen Mittenwald und Uffing per Mausclick gesteuert werden. Der Vorteil: der Bahnverkehr wird effektiver durchgeführt, Verspätungen können leichter abgebaut oder sogar vermieden werden.

Die SüdostBayernBahn bietet einen neuen Sprinterzug von München Ost über Mühlendorf weiter ohne Umsteigen nach Simbach und Burghausen sowie regelmäßige Direktverbindungen nach Salzburg an. Auf der Rottalbahn wird ein neues Fahrplankonzept an Wochenenden für eine bessere Vertaktung und eine kürzere Reisezeit sorgen. Von Landshut aus fährt die SüdostBayernBahn ohne umzusteigen über Mühlendorf nach Rosenheim. **DK**

Zwei Bahnstrecken werden grundlegend saniert. Für ca. 19 Mio. Euro wird DB Netz die traditionsreiche Strecke zwischen Murnau und Oberammergau mit neuen Gleisen und neuen Brückenbauten ausstatten. Zusätzlich werden Oberleitungsanlagen saniert, die Entwässerung der Bahndämme verbessert und Stützmauern eingezogen. Nach den derzeitigen Planungen wird die Bauzeit zwei Jahre betragen. Ziel ist die Fertigstellung bis 2005. Bereits im August wurde rund 6,4 Mio. Euro in die Sanierung der Strecke Tutzing und Kochel investiert.

Bahnhofsprogramm für 17 Stationen

Der dritte große Baustein der neuen Bahn im Werdenfels ist das Bahnhofsprogramm für insgesamt 17 Stationen. Die Plannutzer sehen vor, dass mit einem Aufwand von ca. 3 Mio. Euro vor allem die Bahnsteigflächen modernisiert werden und die Reisenden einen bequemen und auch barrierefreien Zugang zu den Zügen erhalten (z.B. Mittenwald, Bad Kohlgrub, Eschenlohe etc.). Verschönerungsmaßnahmen sind für verschiedene Bahnhofsgebäude vorgesehen. Der Weilheimer Bahnhof hat in diesem Jahr einen neuen Anstrich bekommen. Ein neues Wegeleitsystem wurde im vergangenen Jahr auf allen elf Bahnhöfen zwischen Tutzing und Mittenwald errichtet.

Als eine Visitenkarte der Bahn präsentiert sich bereits der Bahnhof Garmisch-Partenkirchen. In die Neugestaltung investierte die DB in den vergangenen Jahren 2,7 Mio. Euro. **DK**

Schneller und öfter - der neue DB-Fahrplan

Für Fernverkehrsreisende aus Bayern in Richtung Westdeutschland bringt der neue Fahrplan einen Reisezeitgewinn von rund einer Stunde. Die neue Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Frankfurt und Köln führt bundesweit zu neu abgestimmten IC/EC- und ICE-Verkehren und Linienführungen. Im Regionalverkehr kann die DB in Bayern an vielen Stellen Verbesserungen anbieten, allen voran durchgehende Regionalzuglinien, höhere Kapazitäten im Berufsverkehr und teilweise einen 30 Minuten-Takt auf vielbefahrenen Strecken.

„Dieser neue Fahrplan macht die Bahn attraktiver: Auf den Fernverbindungen nach Westen und im Regionalverkehr auf vielen stark frequentierten Abschnitten in Bayern“, so Hermann Graf von der Schulenburg, Konzernbevollmächtigter der Deutsche Bahn AG für Bayern, in München.

Von München nach Köln verkürzt sich die Reisezeit von derzeit fünf Stunden und fünf- und vierzig Minuten auf vier- und einhalb Stunden. Von Augsburg aus erreicht man Köln künftig bereits in knapp vier Stunden. Für Nürnberg ergibt sich eine Fahrzeit von nur dreieinhalb Stunden.

Auf der Strecke München - Salzburg verkehren künftig stündlich abwechselnd einerseits die EuroCity-Linie München - Wien/Klagenfurt und andererseits eine neue InterCity-Linie Frankfurt - Stuttgart - München Hbf - Rosenheim - Traunstein - Freilassing - Salzburg. Sie erweitert die bisherige InterRegio-Verbindung. In Salzburg hat sie direkt Anschluss nach Wien.

30-Minuten-Takt in Rosenheim

Ein stündliches Zugangebot (bisher alle zwei Stunden) mit RegionalBahn- und Regional-Express-Zügen zwischen Salzburg und München schafft in Rosenheim einen 30-Minuten-Takt. Zwischen München bzw. Rosenheim und Salzburg sind künftig täglich bis zu zehn zusätzliche Züge im Einsatz. Auch Bernau, Übersee, Bergen und Teisendorf erhalten die lange gewünschten Halte im Stundentakt.

Durchgehende Regionalzüge nach Innsbruck

In Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen ist es gelungen, eine grenzüberschreitende durchgehende Regionalverkehrslinie Rosenheim - Kufstein - Innsbruck im

Stundentakt zu realisieren. Bisher führen diese Züge nur von und nach Kufstein.

Neuer RegionalExpress München - Ulm

Reisende von Ulm nach München können nun im Zwei-Stunden-Takt mit Regional-Express(RE)-Zügen fahren. Auf Bestellung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft entsteht eine schnelle und durchgehende Verbindung mit modernen Doppelstockzügen und idealen Reisemöglichkeiten von und nach Günzburg. Die Verbindung Mindelheim - Günzburg erhält einen Zwei-Stunden-Takt mit kürzeren Fahrzeiten.

Durch die Anpassung von einigen Zügen zwischen Augsburg und Buchloe kann zwischen 8.00 Uhr und 20.00 Uhr ein 20-Minuten-Takt zwischen Augsburg und Bobingen angeboten werden. Dabei werden alle Zwischenhalte bedient.

Ein neues Eilzugpaar zwischen Lindau - Bregenz - Schruns wird an Sonn- und Feiertagen für Ausflügler und Wintersportler ins österreichische Montafon angeboten. Von Augsburg aus geht es erstmals umsteigefrei am Wochenende ins Werdenfels Land.

Zwischen München, Weilheim und Murnau wird es künftig 14 zusätzliche Züge geben. Zweistündlich und während der Hauptverkehrszeiten sogar stündlich werden bis zu 10 Minuten schnellere Fahrmöglichkeiten zwischen München und Weilheim, Murnau, Garmisch-Partenkirchen, Mittenwald und Innsbruck angeboten. Die Halte Huglfing und Uffing werden stündlich bedient. DB Regio setzt im Werdenfels neue Elektrotriebzüge (ET 425/6) ein.

Komfortverbesserungen im Allgäu

Anstelle der IR-Linie 25 zwischen Oberstdorf und München wird die DB moderne Regionaltriebzüge des Typs VT 612

Moderne Verwaltung im Herzen von Donauwörth

Erweiterungsbau des Landratsamtes Donau-Ries seiner Bestimmung
übergeben / Landrat Rößle: Gestiegene Kundenfreundlichkeit

Ein freudestrahlender Landrat Stefan Rößle übergab während einer Einweihungsfeier mit vielen Ehrengästen den Neubau des Landratsamtes in Donauwörth seiner Bestimmung. Vor zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens würdigte Rößle das Großprojekt, das neue funktionelle und ansprechende Arbeitsvoraussetzungen bietet, daneben aber der Landkreisverwaltung die Chance ermöglichte, noch bürger- und kundenfreundlicher zu arbeiten.

Hingewiesen wurde von Rößle auf die bisher nicht optimale Unterbringung, mit erheblichen Raumproblemen und der Auslagerung einzelner Aufgabengebiete auf zuletzt nicht weniger als zehn Außenstellen. Vom Kreistag sei, so der Landrat, ein „enger Rahmen“ für den Neubau gesteckt worden. Die Kosten hätten 22 Millionen DM betragen, die später um 610.000 DM erhöht worden seien, zuzüglich der Kosten für die EDV-Ausstattung. Im Wesentlichen werde man, wie Landrat Rößle darlegte, bei den reinen Baukosten im vorgegebenen Rahmen liegen, wenn gleich noch nicht alle Gewerke abgerechnet seien.

Rückblick

In seinem Rückblick auf das Bauvorhaben registrierte Stefan Rößle auch die Unterbringung des damaligen „Bezirksamtes“ im historischen Fuggerhaus, den ersten Erweiterungsbau 1966 bis 1986, die Landkreisreform 1973 (mit der Erweiterung um den Altkreis Nördlingen und das Lechgebiet um Rain) mit dem Kreissitz Donauwörth und die Erweiterung der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seitdem von 130 auf inzwischen 300. Am 22. Juni 1998 habe der Kreistag mit großer Mehrheit den neuen Erweiterungsbau beschlossen. In ihm seien 114 Büros, neben 53 Funktions- und Nebenräumen, für 164 Mitarbeiter entstanden. Zur besseren Orientierung habe man den jetzt drei Gebäuden des Landratsamtes Namen gegeben: Fuggerhaus (Haus A), Schenkensteinerhaus (Haus B) und Georg-Werner-Haus (Haus C).

Ökumenische Segnung

In Anwesenheit von Staatssekretär Georg Schmid, Regierungspräsident Ludwig Schmid und der nordschwäbischen Abgeordneten des Bundestages, Landtages und Bezirkstages sowie zahlreicher Kommunalpolitiker stattete Landrat Rößle ei-

nen vielseitigen Dank ab, unter anderem an seinen Vorgänger Alfons Braun, Architekt Wolfgang Obel und den Stifter des neuen „Goldenen Buches“, Dr. Schnitzer.

Die ökumenische Segnung des Neubaus vollzogen Dekan Josef Schmid und Dekan Reinhard Freund. Registriert wurde die Bedeutung des Bauwerkes, der kein „Prunkbau“ sei, als Dienstleistung für alle Bürger. Im Übrigen dürfe nicht vergessen werden, dass in allem „Gott die tragende Kraft des Lebens“ sei.

Harmonisches Einfügen

Oberbürgermeister Armin Neudert betonte, dass sich der Neubau als ein gelungenes Beispiel harmonisch in die Altstadt einfüge. Besonders dankens-

wert sei, dass das Projekt im Herzen der Stadt und nicht auf der „Grünen Wiese“ verwirklicht worden sei.

Ein lebhaftes Echo fand die launige Ansprache von Architekt Obel bei der Schlüsselübergabe. Er erwähnte, dass bei den Bauarbeiten auch eine Bombe gefunden worden sei. Dass ein Tor zu einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung geöffnet worden sei, stellte mit Dankesworten Personalratsvorsitzender Andreas Seifert heraus. Musikalisch umrahmt wurde der Festakt von der Werner-Egk-Musikschule Donauwörth, unter Leitung von Walter Pfeifer.

Tag der offenen Tür

Ein ansprechendes Begleitprogramm reicherte den „Tag der offenen Tür“, der einen Tag nach der offiziellen Eröffnung stattfand, an. Bei einer schriftlichen „Kunden“-Befragung bewerteten über 96 Prozent der Besucher den Service des Landratsamtes mit den Noten „1“ und „2“.



Bei der Einsegnung der „Millenniumsallee“ in Buttenwiesen, mit Kreuz- und Fahnenrättern sowie Ministranten (von rechts): Bürgermeister Leo Schrell, Geistlicher Rat Georg Kügle, Kreisbäuerin Marianne Kampfinger, Pfarrer Michael Woitas. Bild: jdt

Ein „grünes Denkmal“ für Buttenwiesen

Buttenwiesen, Kreis Dillingen (jdt). Ein besonderes grünes „Denkmal“ setzte sich die Großgemeinde bald nach der Jahrtausendwende: Einstimmig beschloss der Gemeinderat anstelle aufwändiger Feiern eine „Millenniumsallee“. Sie wurde geschaffen zwischen den Ortsteilen Unterthürheim und Pfaffenhofen, unter Pflanzung von 160 einheimischen Winterlinden im Abstand von 15 Metern, mit einer Höhe jeweils von rund drei Metern, im Alter von acht bis zehn Jahren.

Hinzu kamen Feldgehölzgruppen, mit Hartriegel, Pfaffenhütchen, Schneeball, Schlehen, Heckenkirschen und Wildrosen. Gepflanzt wurden die von der Baumschule Reiter, Wertingen, gelieferten Bäume vom Bauhof der Gemeinde, unter Leitung von Fritz Hillenbrand. Die fachliche Leitung hatte der Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege, Manfred Herian. Für das Projekt engagierte sich die Gemeinde mit einem Aufwand von etwa 105.000 bis 110.000 Euro. Hinzu kamen zahlreiche Spenden.

Weitgefächerte Entlastung

Mit dem zügig verwirklichten Projekt verbesserte Buttenwiesen die Verbindung der Thürheimer Landwirte zu Hunder-ten Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Donauried: Entlastet werden dadurch Ortsstraßen, auch an der Schule und in Neubaugebieten. Verbessert wurde die Landschaftsgestaltung in einer ausgeräumten Flur,

ebenso das Kleinklima an einer herausragend schönen Stelle des Zusatals und hinzu kam die Ergänzung eines Wander- und Radwanderweges.

Feldkreuz-Segnung

Mit der Übergabe der so ganz besonderen Allee verbunden war die Segnung des Feldkreuzes, das der kürzlich gestorbene Altbürgermeister Georg Klaiber zusammen mit seiner ebenfalls verchiedenen Ehefrau Karolina gestiftet hatte. Zum Festgottesdienst unter freiem Himmel zogen drei Pfarrgemeinden im Sternmarsch zu dem von Steinmetz- und Bildhauermeister Werner Hambach, Wertingen, geschaffenen Kreuz. Es wurde zusammengefügt aus rotem Mainsandstein, Quarzporphyr vom „Ochsenkopf“ im Fichtelgebirge und italienischem Carrara-Marmor.

Die Segnung vollzogen die Pfarrer Michael Woitas und Georg Kügle. Bürgermeister Leo Schrell fand besondere Dankesworte für die Spender.



„Premiere“ hatte bei der Einweihungsfeier des Neubaus des Landratsamtes Donau-Ries in Donauwörth das neue „Goldene Buch“ des Landkreises. Um Staatssekretär Georg Schmid sind u.a. zum Eintrag in das Ehrenbuch versammelt (v.l.): Oberbürgermeister Paul Kling, Nördlingen, der Donauwörther Ehrenbürger Alt-Oberbürgermeister Dr. Alfred Böswald, Landrat Stefan Rößle, Landrat a. D. Alfons Braun, Oberbürgermeister Armin Neudert, Donauwörth, die Bundestagsabgeordnete Doris Meyer, MdL Helmut Guckert, Regierungspräsident Ludwig Schmid, stellvertretender Landrat und Bürgermeister Franz Ooppel. Bild: jdt

Durchbruch für den Naturschutz

Renaturierung im Bereich des Biotopschutzprojekts

„Eggstätt-Hemhofer Seenplatte und Seoner Seen“ macht Fortschritte

Landkreis/Eggstätt (re) - Einen Durchbruch im wahrsten Sinn des Wortes kann das Landratsamt Rosenheim bei der Umsetzung der Renaturierung der landkreiseigenen Flächen im Bereich von Wöhr in der Gemeinde Eggstätt melden. Dort soll in den nächsten Monaten eine seit rund 20 Jahren aufgrund von verschiedenen Baumaßnahmen unpassierbare Flussengstelle wieder durchgängig gemacht werden. Diese Renaturierungsmaßnahme bringt - wie Landrat Dr. Max Gimple betont - das Biotopverbundprogramm im Bereich der Eggstätt-Hemhofer Seenplatte und der Seoner Seen einen ganz wesentlichen Schritt voran.

Vor wenigen Tagen wurde vor Ort die Grobplanung für die vollständige Entsiegelung und Renaturierung dieser nach langen Verhandlungen in den Besitz des Landkreises Rosenheim übergebenen Flächen bei Wöhr vorgestellt. Die Ache durchfließt dort eine natürliche, zwischen zwei Moränenrücken gelegene Engstelle im Bereich des Biotopverbunds Eggstätt-Hemhofer Seenplatte und Seoner Seen.

Diese Engstelle wurde an der Wöhrmühle durch die Nutzung als Kleinkraftanlage und aufgrund der Ausweisung als Gewerbegebiet vor etwa 20 Jahren für Arten der Feuchtgebiete und des Fließgewässers so gut wie unpassierbar. Aufgekieste und zum Teil betonierte Flächen, Gewerbebetriebe, Lagerhallen und die damit verbundene Verkehrsbelastung verstärkten die Barrierewirkung des denaturierten Gewässers.

Naturnaher Umbau

Mit Unterstützung des Bayerischen Naturschutzfonds wurden im Jahr 2000 vom Landkreis Rosenheim rund 3600 Quadratmeter Grund mit Mühle, E-Werk und Sägehalle erworben. Zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit des Gewässers können damit sämtliche Gebäude beseitigt werden.

In einem zweiten Schritt wurden - wiederum mit Hilfe des Bayerischen Naturschutzfonds - die angrenzenden Flächen erworben. Die Voraussetzungen für einen naturnahen Umbau der gesamten Aue mit dem Ziel der vollständigen Entsiegelung und Renaturierung dieses „Flaschenhalses“ im großräumigen Biotopverbund konnten damit geschaffen werden.

Strenge Auflagen

Für die Planung der Renaturierung sind allerdings strenge hydrologische und naturschutzfachliche Auflagen einzuhalten. So muss zum Beispiel die bestehende Wasseraufteilung in

Fehlbach (alte Ache) und Ache (Wöhrache bzw. Ischler Ache) ganzjährig gewährleistet bleiben.

Der Wasserstand des Hartsees darf auch in Zeiten mit Niedrigwasser nicht negativ beeinflusst werden. Die Bestandsschutz genießenden Gewerbe in der Nachbarschaft dürfen ebenfalls nicht beeinträchtigt werden. Und schließlich sind noch die naturschutzfachlichen wie limnologischen Verbesserungen langfristig abzuschätzen und sicher zu stellen.

Maßnahmen diskutiert

Die Planer stellten deshalb die Maßnahmen den verschiedenen Fachbereichen vor Ort zur Diskussion. Vorgesehen ist, es bei der Wasseraufteilung am bestehenden Streichwehr zu belassen. Der abrupte Abstieg soll jedoch mit einer entsprechenden Kiesaufschüttung und einer naturnäheren Gestaltung abgefangen werden. Sämtliche Verrohrungen werden geöffnet, wobei die Durchfahrt zur Bewirtschaftung des nördlich gelegenen Waldes durch eine Furt gewährleistet bleibt.

Zustand der Ache

Die kanalisierte Ache soll wie vor dem Ausbau breitflächig das Ufer durchsickern, durchrieseln, durchfließen und durchströmen können. In einer Mulde wird sie dann wieder gefasst und über eine unbefestigte Sohle in die Ache zurückgeleitet. Dazwischen wird eine lockere Kiesbank entstehen, am Fuß der Kiesgrube eine Überlaufmulde als „Polder“ zur Hochwasseraufnahme und auf der Straßenseite zum Bauernhaus hin ein strukturreicher Bereich aus Todholz und Kies.

Neue Nischen

Die minimale Gestaltung wird der Dynamik des Wassers und der natürlichen und damit standortgemäßen Sukzession viel Gestaltungsspielraum lassen. Von Anfang an werden vie-

le neue Nischen und Übergangsbereiche für die Tier- und Pflanzenwelt entstehen. Sie werden die Grundlage für eine artenreiche Lebensgemeinschaft als Bindeglied zwischen den angrenzenden, aus der Sicht des Naturschutzes so wertvollen Bereichen im Osten und Westen bilden.

Die Forstdienststelle Bad Endorf brachte bei der Besprechung interessante Anregungen zum Umbau des rein mit Fichte bestockten Auenbereiches in einen der natürlichen Sukzession unterworfenen Auwald ein. Vorgeschlagen wurden unter anderem Initialpflanzungen mit verschiedenen Weidenarten, die in diesem Raum derzeit nicht mehr vorkommen.

Ein echter Gewinn

Vom Kreisfischereiverein Rosenheim gab es zu den Planungen ebenso wenig Einwände wie von der Unteren Naturschutzbehörde, die in der geplanten Umgestaltung einen echten Gewinn für diesen „Pfropf“ im ehemaligen Niedermoorbereich am Auslauf des Naturschutzgebietes Eggstätt-Hemhofer sieht.

Für das Umsetzungsprojekt des Arten- und Biotopschutzprogrammes stellen die Maßnahmen jedenfalls einen wertvollen Beitrag zum Durchbruch dar, wie auch die Projektleiterin, Diplom-Biologin Vroni Feichtinger, bestätigt. Um die limnologischen Aspekte fachlich abzusichern, hatte Prof. em. Dr. Siebeck bereits vorab ein mehrseitiges Exposé zur Verfügung gestellt, in dem international renommierte Wissenschaftler eine Empfehlung zur Umgestaltung erarbeitet hatten.

Erheblicher Aufwand

Der Landkreis Rosenheim als Eigentümer hat - wie Landrat Dr. Gimple unterstreicht - schon für den Erwerb der Grundstücke erhebliche Haushaltsmittel aufgewendet. Trotz der angespannten Finanzlage wird der Landkreis aber auch für die Umgestaltung die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Schließlich - so der Landrat - handle es bei diesem Biotopverbund zwischen Eggstätt-Hemhofer Seenplatte und den Seoner Seen um eines der bedeutendsten Naturschutzprojekte der letzten Jahre. Mit der Umsetzung der Maßnahmen sei im kommenden Frühjahr zu rechnen.

Erlangen:

FDP stellt dritte Bürgermeisterin

Mit der bisherigen Stadträtin Dr. Elisabeth Preuß (41) stellt die FDP ab nächstem Sommer die dritte Bürgermeisterin der Stadt Erlangen. Die Veränderung im Rathaus wurde möglich, da der bisherige Kammerer, Gerhard Wangemann (FDP) zu diesem Zeitpunkt in den Ruhestand treten wird. Die Liberalen hatten das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung des Postens gehabt, aber sich damit einverstanden erklärt, dass Wirtschaftsreferent Konrad Beugel den Kammerer-Job mit übernehmen wird. Die Freien Demokraten sorgen damit, so der dortige Fraktionschef Matthias Faigle, für eine Einsparung in Höhe von rund 75.000 Euro jährlich.



Nach der Verbandsversammlung stellten sich das Führungsteam des Gemeindetags-Kreisverbandes Augsburg sowie Direktor Johann Keller (4.v. l., stehend) vom Bayerischen Gemeindetag zum Erinnerungsfoto. V.l.: 2. Stellvertreter Manfred Nozar, Bürgermeister von Neusäß, erster Stellvertreter, Bürgermeister Alfred Sartor, Meitingen, Erster Verbandsvorsitzender und Bürgermeister von Untermeitingen und Geschäftsführer Günter Würmseher. Bild: gri

Gemeindetagskreisverband Augsburg:

Einig im Kampf gegen Erhöhung der Bezirks- und Kreisumlage

Landkreis Augsburg/Neusäß (gri). Die schwierige Finanzsituation der bayerischen Kommunen war das Schwerpunktthema bei der Versammlung des Gemeindetagskreisverbandes Augsburg, die noch im Dezember abgehalten wurde. Der Vorsitzende Georg Klaußner hatte dazu geladen. Seine Grußworte galten dem gastgebenden Bürgermeister der Stadt Neusäß, Dr. Manfred Nozar, dem Referenten Direktor Johann Keller vom Bayerischen Gemeindetag und den nahezu vollständig erschienenen Bürgermeistern des Landkreises Augsburg.

Dr. Manfred Nozar trat bei seinem Grußstatement strikt dem Vorhaben entgegen, die Kreis- und Bezirksumlage zu erhöhen. Zur jetzigen Zeit, in der sich die Finanzkraft der Kommunen im „freien Fall“ befindet, hätte das katastrophale Auswirkungen auf die gemeindlichen Finanzen. Und er fuhr fort: „Das Hemd, wenn auch nicht vielleicht das letzte, ist uns näher als der Kittel. Wir lassen uns nicht davon abhalten, unsere Interessen zu vertreten, wenn vielen Gemeinden der finanzielle Kollaps droht.“ In den vergangenen Jahren sei die Kreisumlage erhöht worden, obwohl die Umlagekraft gestiegen ist.

Beispiel Neusäß

Wie sehr die Umlagekraft gefallen ist, verdeutlichte Nozar am Beispiel der Stadt Neusäß: In den Jahren 1995 bis 2001 konnte die Stadt rund 10 bis 15 Millionen Mark vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt übertragen. Dieses Geld

stand für Investitionen zur Verfügung. Von 2002 bis 2003 war es nur noch eine „Schrumpfsomme“ von einer Million.

Schulsozialarbeit

Engagiert setzte sich Dr. Nozar auch mit der Schulsozialarbeit auseinander. Seit Jahren war die Finanzierung über das Arbeitsamt gelaufen und die Schulverwaltung habe das billigend in Kauf genommen. Nun heiße es höheren Ortes: Schulsozialarbeit - eine tolle Sache, aber führt sie weiter auf Eure Kosten. Obwohl man sich auf Kreisebene auf eine verkürzte Form von 12 bis 15 Wochenstunden je Hauptschule geeinigt habe, könne es so nicht weiter gehen, beendete der Gastgeber-Kollege Manfred Nozar seine einführenden Worte.

Talsole noch nicht durchschritten

Wie sehr die Gemeinden an dem finanziellen Desaster zu

tragen haben, machte Direktor Johann Keller vom Bayerischen Gemeindetag in seinem überaus informativen Referat deutlich. Die Talsole, so hieß es, sei noch lange nicht durchschritten - die Situation werde sich eher noch verschlechtern. Als Unding angeprangert wurde, dass der Bund Steuererleichterung für die Bürger zu Ungunsten der Länder und Gemeinden durchgesetzt habe. Obwohl die Gewerbesteuer massiv eingebrochen ist, bleibt die Umlage auf gleichem Niveau. Gewaltige Einbrüche sind auch bei der Gewerbe- und Umsatzsteuer zu vermerken. In Bayern betrug bis Oktober 2002 der Rückgang des Gewerbesteueraufkommens 11,9 Prozent.

Gestiegene Sozialausgaben

Übermäßig gestiegen sind in den letzten Jahren auch die Ausgaben für soziale Aufgaben. Etwa 500 Millionen Euro wurden genannt. Das Grundsicherungsgesetz, vom Prinzip her nicht schlecht, kann auf längere Sicht nicht mehr finanziert werden. Bayern erwartet diesbezüglich Mehrkosten von rund 200 bis 300 Millionen Euro. Diese Gelder fehlen wiederum für Investitionsmaßnahmen.

Mehr Steuerrechte für die Gemeinden

Um die Einnahmen der Gemeinden wieder stabilisieren zu können, sei auch mehr Finanzhoheit für die Kommunen erstrebenswert, so der Referent.

Landrat Theo Zellner:

Wirtschaft soll Vorschläge zum Bürokratieabbau bringen

Landrat Theo Zellner wurde in die von Ministerpräsident Edmund Stoiber eingerichtete „Entbürokratisierungs-Kommission“ berufen. Die elfköpfige Kommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Herbert Henzler soll bis zum Sommer 2003 wirksame Vorschläge zur Deregulierung und Entbürokratisierung des Bundes- und Landesrechts erarbeiten, damit bürokratische Hemmschuhe abgebaut werden können.

Theo Zellner: „Ich betrachte die Mitarbeit in dieser Kommission als sehr wichtige Aufgabe. Unsere Unternehmen brauchen Freiräume, in denen sich wirtschaftliches Handeln entfalten kann.“

Der Landrat ruft deshalb auch die Wirtschaftsunternehmen im Landkreis Cham auf, „Bürokratiehemmnisse“ an ihn zu melden. „Ich werde diese Vorschläge zusammen mit Vereinfachungsvorschlägen aus der Landratsamtsverwaltung in die Arbeit

„Wer soll das bezahlen, wer hat das bestellt? Wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?“ Mein Chef, der Bürgermeister, trällerte einen alten Faschingsschlager, als er die Zahlen der Kämmerei über die finanziellen Folgen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für unsere Stadt las.

Tarifverhandlungen in Deutschland scheinen manchmal etwas von der ökonomischen Vernunft abgekoppelt zu sein. In der Privatwirtschaft ist es für die Arbeitsplätze in der Metall-Industrie immer ein Fluch, wenn der Pilotabschluss im Südwesten verhandelt wird, wo die Daimler, Bosch, Porsche klotzig verdienen, Rationalisierungsreserven haben und lieber mal irgendwo nachgeben statt einen Streik zu riskieren. In der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes ist es dafür schwierig, wenn der Bund müde wird und



könnte. Klar ist, dass der vermeintliche Erfolg der Gewerkschaft mit dem musischen Namen arbeitsmarktpolitisch in die Antike weist, zu König Phyrus und seinen Siegen. Da die Haushalte eh nur im Notbetrieb gefahren werden können, wird es kurzfristig erst mal an die Investitionen gehen und den örtlichen Mittelstand treffen, der halt noch weniger Aufträge kriegt. Mittel- und

langfristig werden es aber auch die Beschäftigten bei uns merken. Denn selbst wenn einige öffentliche Arbeitgeber Kündigungen vermeiden können - an Neueinstellungen ist doch gar nicht zu denken. Wenn heute ein Angestellter oder Arbeiter ausscheidet, müssen halt seine Kollegen die Arbeit mitmachen. Rationalisierung, Aufgabenkritik, Outsourcing - all diese schönen Begriffe werden noch stärker die Diskussion bestimmen. Eigentlich eine erbärmliche Bilanz für eine Gewerkschaft, die sich den Kampf für die Schwachen auf die roten Fahnen geschrieben hat - und wer wäre schwächer als die Arbeitssuchenden?

Der Bürgermeister jedenfalls muss sich jetzt klar werden, wie er reagiert. Hoffen auf bessere Zeiten allein reicht nicht. Deshalb wird er uns allen in einer Personalversammlung reinen Wein einschenken. Und ich hoffe, er zieht es dann auch konsequent durch, eingedenk der Warnung Bismarcks auf dem heutigen Kalenderblatt: „Der Weg, auf dem eine Regierung zu Grunde geht, ist der, wenn sie bald dies, bald jenes tut, wenn sie heute etwas zusagt und dies morgen nicht mehr befolgt.“

the
Sabrina

Die Zeche zahlen die Kommunen

einknickt, um seine Ruhe zu haben. Schließlich hat er von allen staatlichen Ebenen den geringsten Personalkostenanteil im Haushalt und die komfortabelste Möglichkeit, an der Steuer-schraube zu drehen. Mineralölsteuer, Stromsteuer, Tabaksteuer, Versicherungsteuer - alle Erhöhungen der letzten vier Jahre betrafen reine Bundessteuern. Die Kommunen dürfen aber mehr Gewerbesteuerumlage abdrücken und eine neue Rentenleistung finanzieren.

Tja, mit vollen Hosen ist gut stinken und so glaube ich gerne, dass der Bundeskanzler den Tarifabschluss für vernünftig hält. Aber bei uns in der Stadt? Da muss jetzt fleißig gerechnet werden, wo das Geld für die 4,4% herkommen

Alle anderen Bundesländer billigten ihren Kommunen, einschließlich Hundesteuer, mehr Steuerhoheit zu, wie Getränke-, Jagd-, Schankerlaubnis-, Vergnügungs- und Zweitwohnungssteuer.

Das Ende der Spirale

Siegfried Deffner, Bürgermeister der Stadt Gersthofen, hält von diesen Steuern nicht viel, weil ein großer Verwaltungsaufwand erforderlich sei. Bürgermeister Alfred Sartor, Meitingen, tendiert bei niedrigen Hebesätzen eher für eine moderate Anhebung derselben. Er hofft auch, dass das Konnexitätsprinzip („Wer zahlt, schafft an“) bald in der Bayerischen Verfassung verankert wird. Zum Abschluss seiner Ausführungen meinte Direktor Johann Keller, dass die Finanznotlage nicht nur ein Thema der Gemeinden ist, sondern auch der Landkreise und Bezirke. Doch hier soll eine eventuelle Erhöhung der Umlagen nicht leichtfertig vollzogen werden. Denn am Ende dieser Spirale würden die Kommunen wieder „die Hunde beißen“. gri

Bezirkskrankenhaus Memmingen:

Leitbild veröffentlicht

Wie geht eine Institution mit den Menschen um, mit denen sie in Berührung kommt? Ein respektvoller Umgang untereinander, ein anregendes Betriebsklima, das durch Wertschätzung geprägt ist, aber auch Transparenz und Information nach außen hin - das sind Leitlinien, die man sich für den Arbeitsalltag eigentlich als selbstverständlich erwünscht.

„Als eine Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, in der der Mensch im Mittelpunkt ist, stehen wir hier natürlich in einer besonderen Verantwortung“, erklärt Dr. Andreas Küthmann, Ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhauses Memmingen.

Der Mensch im Mittelpunkt

Daher wollte man in der Klinik solche Leitlinien bzw. Werthaltungen nicht nur als gegeben voraussetzen, sondern auch festhalten. In einem längeren Prozess, an dem sich viele engagierte Mitarbeiter beteiligten, der aber auch den Dialog mit Patienten, Angehörigen und externen psychiatrischen Diensten beinhaltete, entstand das „Leitbild des Bezirkskrankenhauses Memmingen“, das nun als Broschüre vorliegt.

„Wir wollen damit nicht nur zum Ausdruck bringen, welchen grundsätzlichen Haltungen wir uns als Mitarbeiter der Klinik verbunden fühlen“, so Pflegedienstleiter Bernhard Schuster, „sondern es soll uns auch als Orientierung und Gestaltungsrahmen in unserer täglichen Arbeit dienen“.

Kein status quo

Festgehalten sind im Druckwerk kurze Leitsätze über die Arbeitsgrundsätze der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie: Aufgaben und Selbstverständnis der Klinik, Art der Behandlung und Betreuung, Formen der Zusammenarbeit, das Verhältnis zu Gesellschaft und Umwelt sowie eine Definition des Qualitätsbegriffes. „Zu letztem gehört auch, dass wir dieses Leitbild nicht als status quo

betrachten, sondern an dessen stetiger Weiterentwicklung arbeiten“, betont Schuster.

Vertrauensbildung

Für Chefarzt Andreas Küthmann erfüllt das Leitbild zudem die Funktion der „Vertrauensbildung“, sowohl in Bezug auf die Mitarbeiter, insbesondere aber auch zu Patienten und deren Angehörigen. So ist darin unter anderem verankert, dass Patienten in ihrer Selbstständigkeit und Eigenverantwortung gefördert werden. Ebenso wichtig, besonders für Menschen mit psychischen Erkrankungen, ist der Behandlungsgrundsatz, dass die gesunden und kreativen Anteile in die Therapie miteinbezogen und gestärkt werden. „Für uns ist niemand nur krank“, erläutert Küthmann. Patienten, die erstmals kommen, könnten sich schon anhand des Leitbildes einen ersten Eindruck über die Arbeit der Klinik und die Arbeitsatmosphäre dort machen.

Ergänzende Bilder

Ergänzt werden die Texte durch Bilder, die in der Kunsttherapie des Bezirkskrankenhauses entstanden sind. Die Klinik, ein Eigenbetrieb des Bezirks Schwaben, umfasst 40 Betten, acht Tagklinikplätze sowie eine Institutsambulanz. Sie wurde 1994 eröffnet und war das erste Bezirkskrankenhaus in Schwaben, das räumlich in ein Allgemeinkrankenhaus integriert wurde. „Diese räumliche Konzeption“, so heißt es denn auch im Leitbild, „unterstreicht unsere Vorstellung einer Gleichbehandlung psychisch und somatisch kranker Menschen in unserer Gesellschaft“. DK



Arnbach - Bei frühlinghaftem Wetter wurde in Arnbach das neue Jahr angeschossen. Zu dem lautstarken Spektakel, das von den Arnbacher Böllerschützen veranstaltet wurde, fanden sich zahlreiche Zuschauer auf dem Sportgelände ein, die sich mit Glühwein und Grillwürstln stärken konnten. Verstärkt wurde die insgesamt 26 Mann starke Arnbacher Truppe durch zehn Schützen aus Ampermoching und dem Gastschützen Anton Grahammer, der den Eisenhofener Böllerschützen angehört. Ihr Debüt gaben sechs Arnbacher „Jungschützen“ (Foto), die das Schießen eröffneten. Unter dem Kommando von Johann Sedlmeir, der mit seinem Säbel die Zeichen zum Abfeuern gab, klappte die Vorstellung wie am Schnürchen. Beendet wurden die einzelnen Schussfolgen jeweils mit einem donnernden Kracher aus der Kanone, die von Karl Lachner bedient wurde. Franz Lamm

Förderprogramm zur Stärkung bayerischer Grenzregionen

Im Vorfeld der EU-Osterweiterung hat Wirtschaftsminister Otto Wiesheu ein Förderprogramm zur Stärkung der bayerischen Grenzregionen vorgestellt. Mit 19 Projekten sollen in den nächsten vier Jahren vor allem kleinere und mittlere Unternehmen in Ostbayern auf die Herausforderungen der Osterweiterung vorbereitet werden. Die geplanten Maßnahmen sind Teil des 100 Millionen Euro umfassenden „Ertüchtigungsprogramms“ Ostbayern und werden mit 8,7 Millionen Euro gefördert.

„Die Risiken der Osterweiterung müssen gesehen werden, damit auch die Chancen wahrgenommen werden können“, betonte der Minister. Dabei benötige besonders die Wirtschaft in den Grenzregionen Unterstützung vom Staat.

Spektrum des Maßnahmenkatalogs

Das Spektrum des neuen Maßnahmenkatalogs reicht laut Wiesheu von Informationsveranstaltungen über Workshops

und Schulungen bis zur individuellen Beratung für Unternehmen in Oberfranken, Niederbayern und der Oberpfalz.

Frühzeitig über Märkte informieren

Im Mittelpunkt stehen dabei die Qualifizierung von Arbeitskräften, der Ausbau von Unternehmensnetzwerken, Innovationsberatung und Standortmarketing. Externe Berater sollen die Wirtschaft in den Grenzgebieten umfassend auf die Er-

schließung neuer Märkte in Osteuropa vorbereiten. Die einzelnen Projekte sollen dabei unter der Regie der Wirtschaftskammern umgesetzt werden. Die Unternehmen sollten sich Wiesheu zufolge frühzeitig über Märkte jenseits der Grenze informieren, grenzüberschreitende Kontakte festigen und neue Kooperationen eingehen. Dies soll beispielsweise anhand eines Maßnahmenpakets der IHK Niederbayern umgesetzt werden. In grenzüberschreitenden Workshops und Lerngruppen sollen Unternehmen aus Niederbayern, Oberösterreich und Südböhmen gemeinsam Konzepte zur Verbesserung der Kooperations- und Innovationsfähigkeit erarbeiten. Es müsse jetzt gehandelt werden, sagte der Minister, weil 2006 das Zeitfenster geschlossen sei. Dann bestimme die EU, wo Geld investiert werde.

Neue Dienstleistungen entwickeln

Die Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz entwickelt nach Auskunft ihres Präsidenten Hanns Stark einen Leitfaden, der den Unternehmen berufs-

spezifische Informationen an die Hand gibt. Themen wie beispielsweise die Zulassung von Produkten, gewerberechtliche Aspekte oder steuerliche Zusammenhänge würden für die einzelnen Beitrittsländer abgehandelt. In einem gemeinsamen Projekt der Kammern sollen wiederum grenzübergreifende Kooperationsstrategien entwickelt werden. Wie der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Oberfranken, Horst Eggers, ausführte, sollten gezielt Lohn- und Kostenvorteile der mittel- und osteuropäischen Partner genutzt werden. Innerhalb der Grenzregionen seien neue Dienstleistungen zu entwickeln.

Know-how durch Coaching

Laut Dr. Hans Trunzer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Oberfranken, sind die Qualifikationsstruktur und die Entwicklung der Produktivität in den Grenzgebieten unterdurchschnittlich. Beratungsstellen sollten die Betriebe bei der Definition und Formulierung ihrer Innovationsvorhaben unterstützen. Durch ein Coaching in den Unternehmen vor Ort werde das Know-how vermittelt. Die IHK erhofft sich davon nicht unerhebliche Synergieeffekte mit anderen Projekten, u.a. auch mit der High-Tech-Offensive Bayern. **DK**

Beilagenhinweis

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um freundliche Beachtung unserer Eigenbeilage. Die Bayerische Gemeindezeitung möchte das Thema „Zersetzungsproblematik auf Friedhöfen“ sorgfältig recherchieren. Dafür benötigen wir Ihre Mithilfe. Für die Rücksendung unserer beigefügten Fragebögen, die Prof. Dr. Graw für uns entwickelt hat, wären wir sehr dankbar.

Ihre Redaktion Bayerische Gemeindezeitung

Lohberg mit einzigem Tierpark der Oberpfalz

Der Bayerwaldort Lohberg hat eine einzigartige Lage: Im Süden erhebt sich das Arbermassiv, im Norden steigt der Grenz-kamm zum Osser empor. Doch die Lage allein macht es nicht, denn Lohberg besitzt noch eine Rarität, nämlich den einzigen Tierpark in der Oberpfalz. Und was für einen!

Bürgermeister Hans Mühlbauer ist darauf ganz stolz: „Wir haben in unserem Tierpark insgesamt rund 400 Tiere aus 100 verschiedenen Arten. Das Besondere daran ist, dass es sich dabei fast ausschließlich um heimische Tiere handelt, die hier leben oder einst lebten!“ So trifft man hier nicht nur Dachs, Wolf, Wisent und Au-erhahn an, sondern auch Schwarzstorch, Wolf und sogar den Elch.

Der Tierpark wird von akademisch ausgebildeten Fachleuten geleitet und entwickelt. Er besteht seit 1989 und konnte bisher über 1,5 Millionen Besucher begrüßen. Er wird natürlich laufend ergänzt und weiterentwickelt.

Neben der interessanten Tier-

welt kann man aber auch in dem weitläufigen Gebiet noch echte Urwaldreste sehen und erleben. Die Zooleitung war erfolgreich bemüht, die Natur der Bergwelt im Bayerischen Wald sowohl bezüglich der Tierwelt als auch der Fauna eindrucksvoll darzubieten und in entsprechenden Schautafeln verständlich zu machen.

Lohberg hat die Zeichen der Zeit verstanden und sich nicht nur auf die beiden Hauptstandbeine Wandern im Sommer und Skifahren im Winter verlassen, sondern hat mit dem Tierpark einen weiteren Anziehungspunkt für Einheimische und Urlauber geschaffen, dessen Anziehungskraft weithin ausstrahlt. **WZ**

Vorschau auf GZ 3

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 3, die am 30. Januar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≠ Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- ≠ EDV - Technik und Ausstattung
- ≠ Fremdenverkehr in Bayern
- ≠ Fachliteratur für Kommunen
- ≠ Kommunale Büchereien